

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. Geschäftsinsereate werden nicht aufgenommen.

Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum
Druck und Verlag von H. Gansmann & Co., Bochum, Biemelshausstraße 30-32.
Telephon-Nr.: Vorband 98, Expedition 80. Telegramm-Adresse: Mittelband Bochum.

Wider den „Soll“!

Fort mit dem „Soll“! Zu lange schon treibt er sein Spiel im Kohlenhacht, Und spricht dem Bergmannsleben Hohn! Und hegt zur wilden Kohlenjagd.

Ganz ebenso, wie Sainers Gold Im blut'gen Nibelungenfang, So ist auch hier der schöne Sold Gar oft des Bergmanns Untergang!

Den Steiger zwingt der „Soll“ — er muß Ihn liefern, fällt's auch noch so schwer, Und darum ist sein erster Gruß: Du, Kumpel, schaff mir Kohlen mehr!

Schaff Kohlen mehr, schaff Kohlen viel! Zwölf Wagen müssen heut' heraus! Zwölf Wagen sind kein Pappentitel — Der Bergmann zieht die Stirne kraus.

Und doch, er muß — der Steiger hat Gewalt und ist im Strafen groß, Schafft er die Wagen ihm nicht glatt, So weiß er, ist der Teufel los.

Drum drauf und dran! Das Beil hat Ruh', Zeit bleibt ihm keine zum Verbau'n. — Die Hacke faßt nur immerzu — Zwölf Wagen Kohlen muß er hau'n.

Ob's ihm gelingt, und ob noch hält Die Firse über seinem Kopf — Wenn nicht, und wenn dieselbe fällt, So hat er Ruh', der arme Tropf.

Das macht der „Soll“! — Er riecht nach Mord! Wir sagen wahrlich nicht zu viel. Fragt nur die Knappen — darum fort Mit diesem blut'gen Prämienspiel! —

Die Belegschaft der preussischen Bergwerke im Jahre 1910.

Diesmal sind die Berichte der Gewerbeinspektoren und Bergbehörden für Preußen als erste in unsere Hände gelangt. So weit sich beim flüchtigen Durchlesen ein Urteil gewinnen ließ, sind die bergbehördlichen Berichte ihrer wohl liebgewonnenen Bewohnheit treu geblieben, die Werksbesitzer möglichst hoch zu loben, damit die „grundlosen“ Forderungen der Arbeiter um so verwerflicher erscheinen. Die Gewerbeinspektoren erkennen immerhin häufig den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation für die Arbeiter an und machen oft kritische Ausführungen über gewerbliche Mißstände, ohne die Arbeiter ungerecht zu beschuldigen. In den Berichten der Berginspektoren liest man dagegen fast nur, daß die Werksbesitzer sich alle Mühe geben für die Wohlfahrt der Arbeiter, diese aber alle diese Bemühungen mit schönem Untand belohnen. Und dann wundern sich die Herren Bergräte und -Inspektoren, wie wenig Bergarbeiter sich der Bergbehörde mit Vertrauen nahen. Einstmals, als die staatlichen Bergbeamten die noch nicht privatkapitalistisch organisierten Betriebe auch zu leiten hatten, bestand zwischen Bergarbeiter und Bergbehörde in der Regel ein kameradschaftliches Vertrauensverhältnis, zum Vorteil beider Teile. Lang, lang ist's her!

Wir werden die Einzelberichte noch gebührend würdigen, wollen vorerst nur die Hauptzahlen aus der preussischen Bergarbeiterstatistik mitteilen. Die Bergbehörde berichtet, insgesamt seien 1910 im preussischen Bergbau 727 704 Arbeiter beschäftigt gewesen. Davon entfielen auf die Oberbergamtsbezirke:

Breslau	166 572	gegen 166 651 in 1909
Galle	68 775	68 028
Klausthal	21 745	22 098
Dortmund	346 763	342 157
Bonn	125 849	124 735

In zwei Oberbergamtsbezirken ist also eine Arbeiterabnahme eingetreten. Werfen wir einen Blick zurück, so bemerken wir folgende Entwicklung der Belegschaftsziffern: Es wurden Arbeiter im preussischen Bergbau beschäftigt:

Insgesamt		Dobot waren	
		jugendliche	erwachsene weibliche
1895	378 655	10 546	8 434
1900	507 859	17 462	8 880
1909	723 669	26 198	10 480
1910	727 704	26 187	10 227

Die Zunahme der Belegschaften hat sich in den letzten Jahren verlangsamt, eine natürliche Folge der wegen der maßlos gesteigerten kapitalistischen Spekulation eingetretenen Ueberproduktion. Es unterliegt keinem Zweifel, daß insbesondere in den großen Kohlenbergwerksdistrikten ein Arbeiterüberfluß herrscht! Trotzdem sind unausgesetzt Agenten in Ostbrien und im Auslande in der Umwerbung von Bergarbeitern vornehmlich für das Ruhrgebiet tätig! Die Zehnerherren wollen einen ständigen Ueberfluß an Arbeitskräften, für den „Notfall“ eine arbeitswillige Reservearmee besitzen!

Von den 10 227 erwachsenen weiblichen Arbeitern waren 9235 im Oberbergamtsbezirk Breslau, davon über 8000 allein in Oberschlesien angelegt; außerdem schaffen hier 300 Mädchen von 14-16 Jahren. Also ist es immer noch das „allergrößte“ Oberschlesien, das Herrschaftsgebiet des „allergrößten“ Grubenadels, wo trotz aller einmütigen Proteste der

organisierten Bergleute das schwache Weib im Zehndienste frondet. In Oberschlesien, wo sich die schwarzen „Fackelträger“ so intim mit den Unternehmern stehen und den Lohnsklaven demütige Zufriedenheit predigen, dort allein kommt die Frauenarbeit auf den Berg- und Sittenswerten hervorragend in Betracht.

Im Oberbergamtsbezirk Halle wurden 890 Mädchen und Frauen, im Bezirk Klausthal 18, im Ruhrgebiet 4 (Werden), im Sauerland, in Siegen-Nassau und in den rheinischen Erzbergwerksbezirken zusammen 411 beschäftigt. Oberschlesien stellt mit seiner Frauenausnutzung alle anderen Bezirke weit in den Schatten. Darum auch dort die große Armut der Arbeiterbevölkerung.

Jugendliche Arbeiter (von 14 bis 16 Jahren) in großer Zahl werden auch untertags beschäftigt im schlesischen Steinkohlenbergbau, über 2500, und im Mansfelder Kupfererzbergbau, fast 700! Die Zahl dieser schon nach kaum vollendetem 14. oder 15. Lebensjahr in die Grubentiefe steigenden Arbeiterkinder hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen! Trotzdem klagen die Unternehmer über „zu weit gehende Sozialgesetzgebung“. Sollten sie wohl zufrieden sein, wenn es wieder dazu kommt, daß schon Kinder im 6., 7. und 8. Lebensjahr unterirdische Bergarbeit verrichten dürfen, welche Kulturschande vor zwei Menschenaltern in England amtlich enthüllt worden ist? Als einseitige Eltern ihre Kinder bereits in so jungem Alter mit in die Grube schicken durften, da gerade lebte die Bergarbeiterbevölkerung in unbeschreiblicher Armut und schauerlicher Verrohung. Soll es wieder dahin kommen? Arbeiter, schütze deine Nachkommenschaft vor Vererbung! Schütze dich selber durch den Anschluß an den Bergarbeiterverband!

Arbeiterverhältnisse in der Kaliindustrie.

Die Beauftragten und Mitglieder des Bergarbeiterverbandes in den Kalibergrubebezirken haben dort anfangs dieses Jahres eine Erhebung über die Arbeiterverhältnisse veranstaltet. Das Resultat dieser Erhebung veranlaßt unseren Kameraden Gue in seiner Reichstagsrede vom 21. März zu folgenden Ausführungen:

„Meine Herren, die Arbeiterfrage ist im Gesetz auch in einer bei uns ungewöhnlichen Weise geregelt worden, insofern, als hier zum ersten Male Vorschriften ergangen sind, die man, wenn sie früher verlangt wurden, als sozialdemokratische, umstürzlerische, die Industrie lähmende und so weiter bezeichnete. Das Gesetz hat in bezug auf die Arbeiterverhältnisse den einen Vorteil gebracht, daß die früher üblichen Arbeiterentlassungen bei Uebertragungen von Quoten usw. jetzt nicht vorkommen. Das ist schon die Zustimmung zu diesem Gesetz wert, und ich muß im allgemeinen sagen: das Gesetz hat den Arbeitern, der Allgemeinheit keine Verschlechterung gebracht, sondern in einigen Punkten Verbesserungen. Darum haben wir auch für dieses Gesetz gestimmt.“

Anderes sieht es nun aber, wenn man auf den Paragraphen eingeht, der sich mit der Lohnfrage befaßt. Wir haben damals verlangt, man solle 10 Prozent Lohnzuschlag machen oder wenigstens 5 Prozent Zuschlag vorschreiben. Beide Anträge sind von der Mehrheit abgelehnt worden, der Mehrheit, die dem Syndikat die günstigen Bedingungen durch das Gesetz gebracht hat. (Hört! hört! bei den Soz.)

Wir haben weiter verlangt, daß durch einen Paragraphen die Einführung von Tarifverträgen erleichtert würde, was auch eine Anerkennung der Arbeiterorganisationen bedeutet hätte, wie ja auch das Unternehmer Syndikat anerkannt ist. Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden. Es wurde gesagt, der Antrag sei unzulässig, er sei nicht gangbar und dergleichen. Da möchte ich feststellen, daß derjenige Herr von der Zentrumsfraktion, der damals in der Kommission saß, der als Arbeitersekretär mit den Tariffragen befaßt wurde, für unseren Antrag gestimmt hat, ein Beweis, daß der Antrag nicht so ungangbar gewesen ist, wie er später hingestellt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Anfolge dieser Haltung der Mehrheit der Kommission ist es dahin gekommen, daß die Löhne der Kaliarbeiter trotz der von mir gekennzeichneten glänzenden Ueberfluthungswirtschaft so gut wie stabil geblieben sind. Die Schichtlöhne sind zwar um 4, 5, 6, 8 Pfennig gestiegen; dafür ist aber die Leistung der Arbeiter um so mehr gestiegen. Es ist uns bis heute noch nicht gelungen, was ich auch feststellen möchte, trotz der damaligen Zusicherungen und freundlichen Worte der Herren von der Regierung einen Tarifvertrag auf einem der Kalierwerke abzuschließen. Augenblicklich ist ein Streit auf dem Kalierwerk in Aischersleben wegen eines Tarifvertrags im Gange. Ja, meine Herren, allen Angeboten von Verhandlungen setzt man ein hartes Nein entgegen. Auf alle Versuche, zu einer tarifarischen Vereinbarung zu gelangen, antwortet man: wir erkennen euch nicht an! Auf Grund des Vertrags, den wir zum Kaliergesetz gestellt haben, hätte man die Anerkennung ausprechen müssen. Aber, meine Herren, etwas anderes ist geworden: während wir hier verhandeln, ist vielleicht auf dem Kalierwerk in Aischersleben schon etwas Ähnliches wie in Moabit passiert, wenn nicht unsere Leute, diszipliniert, wie sie sind, die nötige Zurückhaltung üben. Anstatt daß man nämlich in Aischersleben eine Verhandlung mit uns zwecks Tarifabschluß zugestanden hat, läßt man die Leute in Streit treten und holt dann von den berühmtesten Siebenmonatskinder, den Sinbegardisten, so viel als möglich heran. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Was sind die Folgen dieses Zustandes? Wir haben es in Moabit gesehen, wir sehen es bei dem Streik in Finkenherd bei Frankfurt, wo die Sinbegardisten aufziehen und die irrenden Arbeiter mit Revolvern bedrohen. Wir sehen es im Sauerland, wo die Kameraden, die im christlichen und im kirchlichen Dunderbergverein, streiten; wir sehen es in Lothringen, in Saarabien, wo auch die christlichen Bergleute streiten, um ihr lärgliches Brot zu verbessern. Statt mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, werden Sinbegardisten, unbeschreibliches Lumpengefindel wieder herangezogen, um die Arbeiter niederzujagen. Hier im Hause, in den Regierungsbureaus, brüht man den christlichen Arbeiterabgeordneten die Hand, erklärt ihnen, man freue sich, sie zu sehen, ladet sie auch ein; aber draussen werden die christlichen Kameraden in derselben infamen Weise mit Sinbegardisten bekämpft wie die freien Gewerkschaften. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist eine Schmach und Schande, daß solche Sinbegardisten herangezogen werden, um braven Arbeitern in den Rücken zu fallen, und daß sich eine Behörde dazu hergibt, dieses Lumpengefindel zu unterstützen. Meine Herren, weil dem so ist, konnte das furchtbare Urteil gegen unseren Freund Fröhlich in Deuk wegen angeblichen Land-

friedensbruchs erfolgen. Fröhlich ist ein durchaus ruhiger, besonnener Mann; jeder, der ihn kennt, wird das Urteil ihm ausstellen. Wegen angeblichen Landfriedensbruchs ist er unschuldig zu nicht weniger als 2 Jahren 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden. (Buruse: Wui! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nicht Skandalös? Vergleichen Sie damit, wie die Angehörigen der besseren Gesellschaft, die Donner vorrufen, für schwere Vergehen geradezu mit Glacéhandschuhen angefaßt werden! Das ist das Skandalöse in unserer Situation: wir schaffen ein Gesetz, das ohne Zweifel einen Rahmen für die Neugründung eines mächtigen Syndikats bildet. Wir haben selbstredend nichts dagegen, daß sich die Unternehmer organisieren; wir erkennen in den Syndikaten eine folgerichtige Entwicklung unserer privalkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber während wir den Syndikaten objektiv gegenüberstehen, den Unternehmern gar nichts in den Weg legen, sich zu organisieren, was geschieht da mit den Arbeiterverbänden? Auch der preussische Reichstag, der von den christlich-nationalen Arbeitern in Wienenburg eine Eingabe bekommen hat, die sich auf eine den Arbeitern günstige Auslegung des Gesetzes bezog, steht den Anträgen der Arbeiter ab. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Den christlichen Arbeitervertretern hier im Hause drückt man wohlwollend die Hand. Aber wie steht es draussen? Fragen Sie die christlichen Arbeiter, was sie von dem Handbilden halten!

Unlängst ist in der „Rheinisch-westfälischen Zeitung“ ein Industrieller aufmarschiert, der hat den Arbeiterorganisationen den Vorwurf gemacht, sie hätten gar kein Verständnis für die Bedeutung der Syndikate, der Arbeitgeberorganisationen, und es sei doch so nötig, daß die beständen. Meine Herren, wir haben wohl Verständnis für die Bedeutung der Syndikate, des Kohlen Syndikats, des Kalisyndikats, des Stahlwerksverbandes usw. Wir haben wohl eine Empfindung dafür, wie sich die Herren danach fühlen, daß sie sich ihre Organisationen erneuern. Aber was haben die Herren für ein Empfinden für das Organisationsbedürfnis der Arbeiter? Das ist doch die Frage, auf die es ankommt. Welches Recht will der Arbeiter haben und Vertrauen gegen Vertrauen. Wie aber behandelt man die Arbeiter draussen? Wie hat man das Gesetz von der Regierung, von den ausführenden Behörden gegenüber den Arbeitern ausgelegt? Lassen Sie doch einmal von dem Herrn Minister, von dem Herrn Unterstaatssekretär, der im vorigen Jahre die wohlwollenden Erklärungen für die Tarife abgegeben hat, ein einziges Kalierwerk nennen, wo ein Tarifvertrag abgeschlossen ist. Ist es auf den kalisindischen Werken geschehen? Auf nicht einem einzigen! Und wie traurig ist der Gegensatz zwischen den Miesenerwerbissen der Unternehmer, zwischen dem, was die Unternehmer durch das Gesetz an Organisationsmöglichkeiten gewonnen haben, und dem, wie den Arbeitern ihre Organisation erschwert wird.

Schließlich möchte ich noch sagen: wir haben im Monat Januar über die Arbeiterverhältnisse in der Kaliindustrie durch den Bergarbeiterverband eine Umfrage gehalten, und da will ich vorweg sagen, daß sich in bezug auf die sanitären Einrichtungen die Kalierwerke in mancher Beziehung insbesondere gegenüber den Braunkohlewerken in der Lausitz usw. vorteilhaft unterscheiden. Es sind doch dank unserer Agitation und Ueberzeugungsarbeit eine Reihe von Kalierwerksbestimmern dazu gekommen, Badeeinrichtungen, Waschanstalten, Speiseräume usw. einzurichten, und wir sind die letzten, die das nicht anerkennen. Aber das ist nicht überall so. Auf einer ganzen Anzahl von Werken fehlt es an ausreichenden Einrichtungen dieser Art. Man hat manchmal trotz der großen Hitze nicht einmal für genügendes Trinkwasser gesorgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wohlfühnanstalten, Krugabreiter für Verunglückte und dergl. kennt man auf manchen Werken nicht oder sie sind sehr mangelhaft. Sehr beweglich sind die Klagen der Arbeiter über die hohen Temperaturen in gewissen Kalisidichten; sie gehen über 30 Grad hinaus. Da frage ich: wie steht es mit der Innentemperatur der Bergpolizeivorräte, in denen die Arbeiter über 28 oder 30 Grad nur 6 Stunden gearbeitet werden darf? Einige Kameraden schreiben uns, daß sie nur 6 Stunden arbeiten; aber andere sagen, daß sie 8, 10 und 12 Stunden inklusive Ueberstunden arbeiten. Ich möchte dringend bitten, daß sich die Regierung mit dieser Frage eingehend beschäftigt und bei der Vorlage der von uns beantragten Denkschrift darauf ganz besonders Rücksicht nimmt.

Nachdem ich Ihnen nun die Miesenergebnisse der Unternehmer, die durch das Gesetz nicht geschmälert worden sind, genannt habe, möchte ich Sie einladen, mit mir noch einen Gang durch die Kalibergrube zu machen, um sich den Wohlstand der Arbeiter anzusehen. In den jüngeren Bezirken sind die materiellen Verhältnisse der Arbeiter verhältnismäßig einigermaßen annehmbar; denn da haben die Arbeiter zum Teil noch einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb nebenbei und können sich ihre Bodenfrüchte selbst ziehen. Außerdem sind die jüngeren Werke in der Zahlung von Löhnen den älteren Werken manchmal voraus. Wenn ein Werk erst älter wird, und ein schaffter Stamm von Arbeitern vorhanden ist, dann kommt die Reduzierung der Löhne auf den Durchschnittsstand. In den alten Kalisidichten in Vornburg, Staßfurt, Aischersleben, Westeregeln usw. werden Sie bei den Arbeitern Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse finden, die Sie bei den Miesenergebnissen der Gesellschaften einfach für unmöglich erklären. Das ist der Fall bei einer Industrie, die auf den Kopf des Arbeiters so hohe Ueberflüsse hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist eben eine Tatsache, die nicht aus der Welt diskutiert werden kann: je länger die Industrie in einem Bezirke zu Hause ist, desto mehr geht, mindestens relativ, der Wohlstand der Arbeitermasse zurück. So ist es auch hier bei einer Industrie, wo Hunderte von Millionen allein letztjährig hineingesteckt wurden in der Hoffnung, daß sich diese Anlagen, wenn sie auch heute noch durchaus überflüssig sind, doch hoch rentabel verzinsen.

Da drängt sich uns die Frage auf, die auch der Herr Kollege Sped. Jan angesprochen hat: soll denn mit diesem Gesetz schon das Ende der Weisheit gefunden sein? Ich glaube das nicht; ich glaube im Gegenteil, wir können vor der Geschichte nicht die Verantwortung übernehmen, diesen ungeheuren uns von der Mutter Natur in den Schoß geworfenen nationalen Schatz, für dessen Verwendungsmöglichkeit ganz unabsehbare Ausflüchte vorhanden sind, für immer einer Gruppe von Privatkapitalisten zu überlassen. Unser Volk wächst Jahr für Jahr um 900 000 bis 1 000 000 Köpfe. Und schon taucht die ganze Frage der Ueberbevölkerung auf, schon wird davon geredet, wie sollen wir die Ernährung dieses Volkes durchführen? Nun ist gerade das Kali in bezug auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln von großer Wichtigkeit. Man weiß ja nicht, wozu dieser Naturertrag im Interesse der Allgemeinheit noch verwendet werden kann. Unser Volk will doch nicht nur von heute auf morgen leben, will seine Geschichte nicht mit dem zwanzigsten Jahrhundert abschließen, sondern will auch für eine weitere Zukunft versorgt sein. Ich meine, da haben wir uns zu überlegen, ob bei der Revision des Gesetzes über den Kalisatz nicht dem Gedankengang, den ich gelegentlich der ersten Lesung zum Ausdruck gebracht habe, nachgegangen werden soll, nämlich: der Nationalertrag gehört der Nation und darf nur von der Nation ausbeutet werden! Handeln wir in dieser Richtung, dann erfüllen wir auch unsere Pflicht als Volkvertreter. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Am Schluß der Debatte wurde ein von Gue in der Budgetkommission gestellter, dort angenommener Antrag, der von der Regierung die Vorlage einer Denkschrift über die Entwicklung der Kaliindustrie und die Gestaltung ihrer Arbeiterverhältnisse fordert, vom Reichstag mit großer Majorität angenommen.

Die Sicherheitsmänner und die Sozialdemokratie.

Unter vorstehender Ueberschrift läßt sich die „Köln. Ztg.“ einen Artikel schreiben, worin bewiesen werden soll, daß der Bergarbeiterverband die Sicherheitsmänner gegen die Arbeitgeber und deren Beamten in „gewissenloser“ Weise verhetzt. Schon einmal hat sich die „Köln. Ztg.“ mit diesem Thema beschäftigt, damals — es war in Nr. 216 vom 25. Februar d. J. — sollte durch Anführung gefälschter Zitate aus einer Broschüre, welche Anleitungen für die dem Bergarbeiterverband angehörenden Sicherheitsmänner enthält, der Nachweis erbracht werden, daß die Verbandsleitung die Sicherheitsmänner anweist, künstlich Mißstände auf den Gruben zu schaffen. Der Versuch ist der „Köln. Ztg.“ glänzend vorübergegangen. Wir weisen ihr ihre Fälschungen nach und bewiesen auch mit Zitaten aus der Broschüre, daß die dem Verbands angehörenden Sicherheitsmänner aufgefordert werden, ihre eigene Arbeitsstelle peinlich in Ordnung zu halten.

Damals haben wir an das Instandsgefühl der „Köln. Ztg.“ appelliert und erwartet, daß sie ihre Anschuldigung zurücknimmt. Darin haben wir uns getäuscht. Die „Köln. Ztg.“ hat ihre Anschuldigung nicht zurückgenommen und sie versucht jetzt mit den damals von uns richtig mitgeteilten Zitaten aus der genannten Broschüre zu beweisen, daß die Verbandsleitung das Bestreben hat, die Sicherheitsmänner gegen die Grubenverwaltungen zu verhetzen. Daß die Tätigkeit der Verbandsleitung so wenig wie bei anderen in dieser Angelegenheit den Weisfall der „Köln. Ztg.“ gefunden hat und findet, finden wir ganz selbstverständlich und die Verbandsleitung geht nach dem Weisfall auch nicht. Im Gegenteil, würde eine Maßnahme der Verbandsleitung die Zustimmung der „Köln. Ztg.“ finden, so dürfte dieselbe kaum den Interessen der Bergarbeiter dienlich sein. Die „Köln. Ztg.“ hat den Beruf, die Interessen des Geldbads zu vertreten, die Verbandsleitung dagegen hat den ehrenvollen Beruf, die Interessen der ausgebeuteten Bergarbeiter zu vertreten. Daraus ergibt sich die Gegenfalschheit der Anschuldigungen auch bezüglich der Sicherheitsmänner.

Daß der „Köln. Ztg.“ die Herausgabe einer Anleitung für die dem Verbands angehörenden Sicherheitsmänner unangenehm ist, können wir verstehen. Denn es ist nicht so leicht, diesen Sicherheitsmännern ein X vor ein U zu machen, weil sie wissen, welches ihre Rechte und Pflichten sind. Aber zu dem Entschluß der Verbandsleitung, eine solche Anleitung für die Sicherheitsmänner herauszugeben, haben die Verhandlungen der Grubenbesitzer-Konferenz vom 6. Jan. 1909 im Palasthotel in Berlin ihr erhebliches Teil beigetragen. In jener Konferenz haben sich die Grubenbesitzer mit brutaler Offenheit dahin ausgesprochen, daß sie bestrebt sein wollten, das Sicherheitsmänner-System zu einer „weißen Salbe“ zu machen. Wir gestatten uns, den Herren und der „Köln. Ztg.“ folgende Auslassungen noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Herr Geheimrat Hilger gab den Grubenbesitzern in jener Konferenz auch „Anleitung“, wie sie sich gefügige Sicherheitsmänner schaffen könnten, er führte unter anderem aus:

„Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrollen genau das gehalten haben, was wir uns von ihnen versprochen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein und es ist auch weiße Salbe geblieben.“

Wie die Verhältnisse in Saarbrücken lagen, hatte jeder Bergwerksdirektor genau den Arbeiterauschuss, den er verbinde. Wenn er sich darum bekümmerte, konnte er die Leute hineinwählen lassen, die ihm paßten, und wenn ihm welche nicht paßten, dann konnte er sie einfach in eine andere Steigerabteilung versetzen. Dann konnte man wenigstens immer nur einen Arbeiterauschuss wählen, denn jede Steigerabteilung kann nur einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte wählen, und wenn sie zehn solcher Leute hatten, die ihnen nicht paßten, konnten sie den ganzen Arbeiterauschuss in eine einzige Steigerabteilung zusammenlegen, dann war von den ganzen Leuten nur ein einziger wählbar. Das waren Sachen, die man in Saarbrücken ohne Schwierigkeiten machen konnte.“

Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Aberglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Befahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verhängenden Ausnahmen ins Jahrbuch eingeschrieben worden ist: „Alles in Ordnung befunden.“

Wenn Sie mich nun nach dem Erfolg fragen, so kann ich nur sagen: es ist weiße Salbe gewesen und es ist weiße Salbe geblieben. Die eine Befürchtung, die Herr Bergarzt Kleine äußerte, daß die Vertrauensmänner bei jedem kleinen Unglücksfall in der Grube herumfahren und daß nicht so viel Grubenbeamte da sein würden, sie zu begleiten, hat sich in Saarbrücken nicht bestätigt, denn bis ein Unfall da bekannt wird, wo der Vertrauensmann arbeitet, vergeht immer eine geraume Zeit. . . .

Aber meine Herren, wir kommen um die Arbeiterkontrollen kaum herum, das ist meine feste Ueberzeugung, und da soll man wenigstens bei aller prinzipiellen Ablehnung versuchen, das Institut so wenig gefährlich wie nur möglich zu machen, indem man sagt: Ja, mit Vertrauensmännern, wie sie damals in Saarbrücken eingeführt worden sind, könnte man sich schließlich einverstanden erklären. Aber es sollen vor allen Dingen die drei Momente, die den Unterschied bilden zwischen Vorlage und zwischen der Einrichtung in Saarbrücken, nämlich das Kündigungsrecht, die Einmischung des Revierbeamten und die Beschlusssatzung, wie oft gefahren werden soll, unter allen Umständen beizubehalten.“

Also so ungefährlich wie nur möglich — für die Werksbesitzer — soll das Sicherheitsmänner-System gemacht werden, „weiße Salbe“ soll es sein, ja noch mehr als das. Herr Hilger führte weiter aus:

„Meine Herren, ich glaube, wir haben noch einen Punkt zu betonen, nämlich den, daß der Arbeiter gar nicht in der Lage ist, seine Ausbildung das zu leisten, was von ihm verlangt wird. Ferner wird man sich wohl morgen auf den Zweitmäßigkeitsstandpunkt stellen und wird sagen, es ist in vielen Fällen außerordentlich bequem gewesen, daß wir die Sicherheitsmänner hatten, und uns bei großen Unglücksfällen — ich denke an Aachen — auf sie berufen zu können. Man wird ihnen auch gerade Reden vorhalten und sagen, wir wären vielleicht in des Feuers Nähe gekommen, wenn wir uns nicht auf die Sicherheitsmänner hätten berufen können. Das ist gewiß richtig, aber das sollte uns doch nicht bestimmen, nachzugeben.“

Herr Hilger und mit ihm auch die anderen in der Konferenz anwesenden Grubenbesitzer haben also den Sicherheitsmännern sogar eine Sündenbulle geschrieben; da war es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Verbandsleitung, solchen Plänen entsprechend entgegenzuarbeiten. Außerdem gab ja Herr Hilger auch zu, daß die Arbeiter einer Anleitung bedürften, um das Amt eines Sicherheitsmannes richtig auszuüben. Daß die von der Verbandsleitung herausgegebene Anleitung nicht nach dem Gehmaß der Hilger und Genossen ist, ist selbstverständlich. Herr Geheimrat Uthemann führte in der Konferenz aus:

„Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen, bitten, immer ganz klar sein zu sagen, sich auf keine Erörterungen im Detail einzulassen, vor allem zu diesem wichtigen Punkt offen zu erklären: Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Früher ist dem Minister da den Verrennstandpunkt ins Auge. Das ist nach meiner Ueberzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Geies zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhaus sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß du deinen Namen verbindest, und hilf uns.“

Wenn die Herren schon dem Minister den „Herrenstandpunkt ins Auge drücken“ wollen, wie ergeht es dann erst den Arbeitern und besonders den Sicherheitsmännern. Die Herrenmännchen haben von vorherein dem Sicherheitsmänner-System den Krieg

erklärt, demgegenüber konnte die Verbandsleitung nicht untätig bleiben. Sie mußte die Sicherheitsmänner wappnen, damit sie in der Lage sind, sich den Rücken der Grubenbesitzer und deren Beamten gegenüber zu behaupten. Die „K. Z.“ hat darum kein Recht, sich moralisch zu entrichten, wenn die Verbandsleitung Maßnahmen trifft, um das Bestreben der Unternehmer, das System der Sicherheitsmänner wirkungslos in bezug auf den Bergarbeiterzuschuß zu machen, zu vereiteln.

Wie notwendig es ist, den Sicherheitsmännern Anleitung zu geben, wie sie sich bei Ausübung ihres Amtes den Grubenbesitzern gegenüber zu verhalten haben und sie mit ihren Rechten und Pflichten vertraut zu machen, beweisen die unauffälligen Klagen der Sicherheitsmänner, daß sie wegen ihrer Tätigkeit als Sicherheitsmänner von den Grubenverwaltungen schikaniert werden und daß versucht wird, ihre Aufständigkeit zu beschränken. Charakteristisch ist der Ausspruch des Herrn Bergassessors G. H., Direktor der Zeche Consolidation. Dieser sagte: „Die Sicherheitsmänner sind deshalb nicht gefährlich, weil sie in den Händen der Zeche bleiben. Der Steiger hat doch die Leute bezüglich ihres Lohnes stets in der Hand und mit Geld ist vieles zu machen.“

Ferner sei erinnert an das Schreiben, welches Herr Obersteiger Wenner auf Zeche Rosenblumendelle dem Steiger G. A. n. c. in die Grube sandte. Das Schreiben lautet:

„Zeche Rosenblumendelle. — Herrn Steiger Dante. Ich wollte heute morgen mit Ihrem Sicherheitsmann Kühl fahren, kann aber nicht. Sagen Sie zu ihm, wenn er warten wollte, so fahre ich Montag morgen mit, anderenfalls fahren Sie mit, aber flott, damit Sie in zwei Stunden fertig sind. Wenner.“

Der Betriebsführer der Zeche Neu-Herlorn wollte nicht dulden, daß ein Sicherheitsmann in bezug auf einen Betriebspunkt ins Jahrbuch eingetragen hatte: „Gefahr vorhanden.“ Bei einer nochmaligen Befahrung des Betriebspunktes gab der Betriebsführer zu, daß zwar Gefahr vorhanden war, aber keine „dringende“ Gefahr.

Der Betriebsführer der Zeche Bruchstraße hat nach den allgemeinen Sicherheitsmännerwahlen mit Bezug auf einen bestimmten Sicherheitsmann geäußert:

„Mit dem (Sicherheitsmann) werde ich immer fahren, der muß bis 10 Uhr (vormittags) so krank sein, daß er genug hat.“

Derartige Fälle können wir eine ganze Menge anführen und zahllos sind die Klagen von Sicherheitsmännern, daß sie „schlechte Arbeit erhalten“ haben und dadurch gezwungen waren, abzuhören. Dann müssen für die Abgehörten Neuwahlen vorgenommen werden. Um die Wahl von Verbandskandidaten zu verhindern, werden diese in andere Steigerreviere verlegt, wie es noch kürzlich auf Zeche Konordia vorgekommen ist. Für solche Gewaltmaßnahmen hat die „K. Z.“ kein Wort des Tadels.

Sinnlos kommen noch die vielen „Zirkümer“ der Zechen bezüglich der Ausführung des Gesetzes. So hat man z. B. auf Zeche Engelsburg die Wahl des unbequemeren Verbandskandidaten für ungültig erklärt, weil er Knappschadtsinvalide war. Erst auf erhobene Beschwerde wurde der „Zirküm“ der Zeche berrichtigt und die Wahl vom Oberbergamt für gültig erklärt. Wir knüpfen daran die Bemerkung, vermutlich hätten die Juristen des Zechenverbandes den Betriebsleitern eine falsche Auslegung des Gesetzes in die Hände gegeben. Das wollen diese nun nicht gelten lassen und erjuchen uns unter Verweisung auf das Preßgesetz zu berichtigen:

„In Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 25. Februar 1911 heißt es in einem Artikel unter der Ueberschrift „Rechte und Pflichten der Sicherheitsmänner“, auf einer Zeche seien die für einen untergeordneten beschäftigten Knappschadtsinvaliden abgegebenen Stimmen unberechtigtweise für ungültig erklärt worden. Im Anschluß daran wird gesagt, vermutlich hätten die Juristen des Zechenverbandes den Betriebsleitern eine falsche Auslegung des Gesetzes in die Hände gegeben. Diese Vermutung ist unzutreffend. Der Zirküm ist darauf zurückzuführen, daß in einem im hiesigen Bezirk viel gebrauchten, im Verlage von G. D. Baedeker in Essen erschienenen „Hefchen“ „Verantwortlichkeit der Betriebsleiter und Bestellung von Sicherheitsmännern auf Bergwerken im Königreich Preußen“, noch die Fassung des Gesetzesentwurfes, der bei den Kommissionsverhandlungen des Abgeordnetenhauses vorgelesen hat, stehen geblieben ist. Der Zechenverband hat seinen Mitgliedern keine falschen Auslegungen gegeben, er hat vielmehr noch vor einiger Zeit besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die in Frage kommende Bemerkung in dem vorerwähnten Hefchen keine Gültigkeit hat.“

Die Geschäftsleitung des Zechenverbandes: J. U. Krab.

Die Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist am 21. Februar erschienen, die Verichtigung des Zechenverbandes vom 15. März datiert. Wann ist die erwähnte Anweisung des Zechenverbandes ergangen? Vielleicht nach dem Erscheinen der Nr. 8 der „Bergarbeiter-Zeitung“? Interessant ist übrigens das Eingeständnis, daß sogar eine gedruckte Anweisung im Gebrauch war, die eine unrichtige Auslegung des Gesetzes enthielt! Das ist ein Beweis, wie jalopp das Gesetz gehandhabt wird.

Die „K. Z.“ kündigt an, es sei noch eine ganze Menge Material gegen die Sicherheitsmänner vorhanden, womit herausgerückt werden soll. Mag man damit kommen, auch wir besitzen genügend Material über den unglaublichen Terrorismus der Zechen gegen die Sicherheitsmänner und wenn wir unsere Akten mal erst durchsüßern werden und das darin verborgene Material der Öffentlichkeit servieren, dann dürfte es der „K. Z.“ doch schmil werden angesichts der Geister, die sie gerufen.

Gewervereinsleitung und die Konjunktur.

Bekanntlich hat die Leitung des „Gewerbvereins christlicher Bergarbeiter“ es abgelehnt, gemeinschaftlich mit den drei übrigen Bergarbeiterverbänden in eine Lohnbewegung zu treten. Die Gründe hierfür sind gleichfalls bekannt, jedoch wir auf sie im einzelnen hier nicht eingehen brauchen. Nur eine der bekannten Ausreden, womit man das verräterische Spiel zu stützen versuchte, sei hier zunächst des näheren nachgeprüft.

Die christlichen Sekretäre wie die christlichen Gewerkschaftsorgane, vor allen der „Bergknappe“, wiesen auf die schlechte Konjunktur hin, die einen Erfolg der Lohnbewegung in Frage stellen mußte! Aussehen, daß die Konjunktur sich in nächster Zeit bessern würde, seien nicht vorhanden (so hieß es). Besonders stark und das noch bis in die letzten Wochen hinein, mußte sich der „Bergknappe“ ab, immer wieder auf die schlechte Gewerkschaftskonjunktur hinzuweisen und die Leitung des Gewervereins zu preisen, daß sie durch ihren Verrat nur den Bergarbeitern genügt habe! Dieses Stedenpferd reitet er selbst in seiner letzten Nummer. Sinweise, daß die Zechen und ihre Organe selbst die steigende Lebendigkeit des Kohlenmarktes zugeben, helfen nichts. Wir erleben, daß das christliche Organ sich einfach über die selbst von den Grubenbesitzerorganen zugehenden Tatsachen hinwegsetzt! Was in der deutschen Gewerkschaftsbewegung wohl einzig dastehen dürfte. Und alles das, was gesagt, nur zu dem Zweck, die Bergarbeiter zu täuschen und den Grubenbesitzern gegen die Lohnbewegung der Bergarbeiter beizustehen. Daß die Gewervereinsleitung selbst eine sogenannte Bittschrift, wenn auch ohne direkte Forderungen, den Grubenbesitzern zu Füßen legte, kann man nur als eine faule Komödie bezeichnen. Der Scheitler, den Bergarbeitern in den Rücken gefallen zu sein, bleibt an dieser Verräterthätigkeit hängen; er ist unaussprechbar!

Wie sieht es mit der Konjunktur? Die Geschäftsbefehle der Aktiengesellschaften und Gewerkschaften im Ruhrbergbau für das Jahr 1910 liegen jetzt meist vor und da zeigt es sich, daß diese Geschäftsabstufungen glücklichere Gewinnergebnisse als im Vorjahre gebracht haben! Nur eine geringe Anzahl Gruben, meist sogenannte Magerzechen, haben etwas geringere Gewinne wie früher abgeworfen. Sonst sind die Betriebsüberschüsse im Steigen begriffen.

Wir haben in voriger Nummer wahllos die Gewinnergebnisse von 31 kleinen und großen Aktiengesellschaften und Gewerkschaften zusammengestellt, welche insgesamt betragen: 1909: 87 787 444 Mk., 1910: 94 118 558 Mk., gegen 1909 mehr 6 331 414 Mk. Die Gewinnsteigerung betrug danach gegen das Vorjahr 7,2 Prozent. Die Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft verteilte 1909: 33 1/2 Prozent Dividende, im Jahre 1910 35 Prozent. Vom Jahre 1886 ab hat diese Gesellschaft 657 Prozent Dividende verteilt! Das ist jährlich eine Durchschnittsdividende in Höhe von 26,3 Prozent!!! Die Aachenberger A.-G., die durchschnittlich jährlich noch höhere Dividenden erzielt, hatte 1910 einen Reingewinn von 2 652 140 Mk. Bei ihr stieg die Gesamtförderung gegen das Vorjahr um 6,15 Prozent, arbeitstäglich um 5,78, die Höhe aber nur um 2,1 Prozent! Dabei geben diese Zahlen nicht einmal ein genaues Bild über die wirklichen Verhältnisse, weil die Summen, die zur Kapitalverzinsung, zu Schuldentilgungen und zu sonstigen Zwecken abgeschrieben werden, darin gar nicht zum Ausdruck kommen.

Noch haben wir keine Uebersicht über die Geschäftsergebnisse der großen Hüttenzechen. Wie aber das Ergebnis der Gesellschafter Bergwerks-A.-G. (der Hohlsteinberg) im Jahre 1910, der Reingewinn in derselben Zeit von 13 042 105 Mk. auf 15 997 891 Mk. (schon zeigt, werden die Hüttenzechen ihre Gewinne noch mehr im letzten Geschäftsjahre steigen sehen, als es im vorhergehenden geschehen ist. Die Hüttenzechen-Gesellschaften Wöhler, Gute Hoffnungshütte, Bochumer Verein, Union, Boch., Teufel-Luxemburg, Gesellschafter und Rheinische Stahlwerke erzielten zusammen im Geschäftsjahr 1909/10: 89 502 067 Mk. Reingewinn, im Geschäftsjahr 1909/10: 101 988 960 Mk., ihre Dividenden stiegen von insgesamt 85 auf 97 Prozent. (Siehe näheres „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 58 b. J.)

Auch die Stahlindustrie hat entgegen allen dunklen Probenzeigungen über die verberblichen Wirkungen des Kollapses sehr gute Geschäfte gemacht, wie eine Zusammenstellung der Reinerträge von 23 Stahlwerken in der „Ruhr-Zeitung“ (Nr. 55) zeigt, welche insgesamt betragen: 1909: 15 883 376 Mk., 1910: 19 076 624 Mk., gegen 1909 mehr 3 193 248 Mk. Das ist eine Gewinnsteigerung von 20,1 Prozent.

Aber nicht nur die Gewinne zeigen uns den Aufstieg der Konjunktur, sie hängen selbstverständlich und vornehmlich mit ab von der Steigerung der Förderziffer. Die Gewinnsteigerung setzte vornehmlich in den letzten Quartalen des vergangenen Jahres ein.

Zur Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug 1910 die Förderung und die Herstellung in Tons:

	Stein Kohle	Braunkohle
	in Tonnen	in Tonnen
1. Quartal	20 670 300	4 144 930
2. "	21 220 553	4 259 229
3. "	22 315 647	4 390 880
4. "	22 640 099	4 620 121
1—4. Quartal	86 846 599	17 424 169
im Jahre 1909	83 076 304	15 534 140
mehr	3 770 295	1 890 029

Die Gewinnziffern wie diese Förderzahlen werden alle Ausreden der Gewerksvereinsleitung, daß die Lohnbewegung zu unpassender Zeit einsetzte, einfach über den Haufen. Wann soll mit der Lohnbewegung begonnen werden? Etwa erst, wenn die Hochkonjunktur da ist? Sind wir so weit, ist eine neue herannahende Krise gewöhnlich nicht mehr fern. Die Bergarbeiter, die die volle Wucht der wirtschaftlichen Krise im Bergbau zu spüren bekommen haben, haben ein Recht, sobald sich eine Besserung im Geschäftsleben zeigt, daran mit höherem und besseren Löhnen zu partizipieren. Pfennigweise wird den Bergleuten in besseren Geschäftszeiten zugelegt, kommt aber die Geschäftsflaute, wird ihnen der Lohn gleich großsenweise abgezogen, wie auch die amtlichen Lohnstatistiken zeigen. Doch wenn die Gewervereinsleitung etwas beweisen und tüzen will, dann beweist und tüzt sie eben — auch den Verrat! Da sind ihr sogar die Klagen willkommen, wie sie aus Werksbesitzerkreisen stammen, Klagen, die oft genug jeder Berechtigung entbehren. Im übrigen, wann mögen die meisten Zechengesellschaften zufriedengestellt sein? Auch für diese Klagen gilt der Satz: Je mehr sie haben, je mehr sie wollen!

Zunehmend ist es interessant zu verfolgen, wie einzelne Zechengesellschaften im Gegensatz zu den Klagen die Konjunktur und die Aussichten auf die Zukunft besprechen. Was wir schon während der Lohnbewegung hierüber geschrieben haben, kann hier unerörtert bleiben. Sehen wir zu, was hinsichtlich der Jahresabstufungen gesagt worden ist. Klagen und Hoffnungslosigkeit wechseln auch hier ab.

In dem letzten Jahresbericht der Zeche König Wilhelm wird gesagt, daß, wenn die Schwierigkeiten bezüglich des Zustandekommens des Syndikats beseitigt sind — sonst an und für sich gute Aussichten für die Zukunft vorhanden seien. Das betrifft die Konjunktur.

In dem Bericht der Zeche Königshorn wird gesagt, daß sich im November v. J. kräftigere Anzeichen einer Aufbesserung des Abfahrs geltend machten und dieser Zustand auch bis zum Schlusse des Jahres anhält. Gleichzeitig sei eine Erhöhung der Sodafabrikpreise am 1. Oktober um 1,50 Mk. pro Tonne eingetreten. Es kam noch hinzu, daß auch die Preise für Koks-Kohlen eine Aufbesserung erfuhr, was ebenfalls ins Gewicht fiel. Dann heißt es an anderer Stelle weiter:

„Soweit sich zurzeit (bei Abfassung des Berichtes im Monat Februar) die Verhältnisse übersehen lassen, wird das neue Geschäftsjahr hoffentlich etwas bessere Ergebnisse als das abgelaufene bringen (1), wobei natürlich immer vorausgesetzt werden muß, daß der Betrieb keine Störungen durch höhere Gewalt erleidet und wir ruhige Arbeiterverhältnisse behalten.“

Die Bergbaugesellschaft Neu-Essen sagt ebenfalls, daß in den letzten beiden Monaten des vergangenen Jahres die Besserung allgemein und in nennenswerter Weise hervortrat! Nicht nur Bergwerksberichte sprechen sich so aus, auch der Staatssekretär des Innern, Herr De L. hat sich bekanntlich öffentlich über die Konjunktur ausgesprochen. Und mit Recht!

Die Monate Januar und Februar d. J. zeigen gewiß nicht, daß die Steigerung des Abfahrs und der Förderung im vergangenen Jahre nur eine vorübergehende Erscheinung war, wie das der „Bergknappe“ seinen Lesern plausibel zu machen versuchte. Diese krampfhaften Anstrengungen des christlichen Organes, um die Laizität der Gewervereinsleitung zu verteidigen, sieht der Bericht des Kohlenyndikats über Abfahrs und Förderung für die beiden ersten Monate d. J. gegenüber. Es heißt im Syndikatsbericht:

„Der rechnungsmäßige Abfahrs hat betragen im Februar 1911 im ganzen bei 23 1/2 Arbeitstagen 5 581 238 To., im ganzen 1910 bei 23 1/2 Arbeitstagen 5 196 571 To., mithin 1911 gegen 1910 + 384 667 To. oder arbeitstäglich 1911 241 351 To. gegen 224 717 To. in 1910, mithin 1911 gegen 1910 + 16 634 To. gleich 7,40 Prozent. (1)“

Mineralienausbeute im Transvaal.

Nach dem 'Transvaal Mines Department Statistical Report' für Dezember ist der Wert der wichtigsten im Transvaal gewonnenen Mineralien folgender:

Table with 4 columns: Mineral, 1908/09, 1909/10, Juli bis Dez. 1910. Minerals include Gold, Silber, Diamanten, Kohle, Kupfererz, Bleiglantz, Zinn.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1910.

Nach der soeben veröffentlichten Abrechnung hat der Verband im Jahre 1910 beispiellose Fortschritte gemacht. Die Zunahme an Mitgliedern übertraf die aller früheren Jahre: Sie betrug 90 087, die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 340 041 auf 428 080, die der weiblichen von 7890 auf 18 858, die der weiblichen von 15 548 auf 28 072.

Die Jahresabrechnung bilanziert mit der Summe von 12 080 403,05 Mark. Die eintreffenden Einnahmen waren: Beitrittsgebühren 84 784,20 Mark, Beiträge 11 880 868,00 Mark. Sonstige Einnahmen 108 404,86 Mark, zusammen 12 108 075,86 Mark.

Die Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt: Hilfe-geld 301 284,09 Mark, Umzugsunterstützung 98 787,08 Mark, Kranken-unterstützung 2 745 896,73 Mark, Arbeitslosenunterstützung 1 530 818,11 Mark, Unterstützung bei Wagnisfällen 149 500,40 Mark, Unterstützung in besonderen Notfällen 68 087,55 Mark, Sterbegeld 88 247 Mark, Rechts-fähig 43 471,36 Mark, Streikunterstützung 2 808 476,40 Mark, zusammen 7 816 502,17 Mark.

Der Verband hatte im Berichtsjahre 1870 Lohnbewegungen zu führen, unter denen sich außerordentliche Kämpfe befanden. Es sei nur erinnert an die Werftarbeiterbewegung, die 1 1/2 Millionen Mark kostete, an die Kämpfe im Hagen-Schweid, Nemscheid und Forstheim, die ebenfalls bedeutende Summen erforderten.

Das Vermögen des Verbandes hat trotz der großen Ausgaben zugenommen. Es stieg in der Hauptkasse um 848 555,86 Mark, in den Lokalfassen um circa 500 000 Mark, so daß das Gesamtvermögen am Jahresabschluss 7 1/2 Millionen Mark betrug.

Die 'Metallarbeiter-Zeitung' kommt bei der Besprechung der Abrechnung zu dem Schlusse, daß der Hauptkassier mehr finanzielle Mittel als bisher zugeführt werden müssen. Das müsse geschehen, um die glänzende Konjunktur auszunützen zu können, aber auch, um für die Zukunft zu sorgen, denn bei der folgenden Krise würden die Aufwendungen für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung steigen. Auch wird auf den jetzigen Kampf in Chemnitz hingewiesen, der nicht der letzte derartige Kampf sein werde, den der Verband zu kämpfen habe.

Der freigewerkschaftliche Zimmererverband

hält anfangend am 3. d. M. seine G.-V. in Leipzig ab. Sein Organ veröffentlicht dazu folgende lehrreiche Tabelle über die Verbandsentwicklung:

Table showing membership statistics for the Zimmererverband from 1888 to 1908, including columns for year, number of members, and delegates.

Wir wünschen unserem Bruderverband eine weitere kräftige Ent-wicklung zum Segen der Zimmerer.

„Christliche“ Gewerkschaften als Keilreiber.

In einer Versammlung des konservativen Vereins in Breslau, wo allerdings Neben über das Thema: „Freie Gewerkschaften und Sozial-demokratie“ gehalten wurden, nahm auch der Vorsitzende des Breslauer „Christlich-Sozialen“, ein Herr David, das Wort. Nach der „Schlesischen Morgenzeitung“ des Pastor Nischke führte er aus:

Daß er in bezug auf die gefährdete zukünftige Meinherrschaft der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften keineswegs so schwarz sehe wie der Referent, da er hoffe, daß die christlich-soziale Bewegung noch weiter einen Teil in die angelegliche Geschlossenheit der Gewerkschaften treiben werde. Ohne die christlichen Gewerkschaften, die sich von kleinen Anfängen zu sehr einflussreicher Stellung emporgearbeitet hätten, könne nichts geschehen. Sie seien ein ernsthafter Wach-jahner geworden, mit dem durchaus gerechnet werden müsse. Es wolle sehr wünschen, wenn die konservative Partei, die der christlich-nationalen Sache doch große Sympathien entgegenbringe, noch mehr in Fühlung trete auch mit den organisierten christlichen Arbeitern, deren Zahl schon 367 000 (50 000 dazu gelogen!) betrage.

Damit hatte er aber noch nicht alles gesagt, und um das Vergessene nachzuholen, erbat er sich noch einmal das Wort, um

im Namen der christlichen Arbeiterkraft an die christlichen Arbeit-geber die Bitte zu richten, die in den christlichen und nationalen Ge-werkschaften organisierten Arbeiter zu bevorzugen!!!

Er erhielt denn auch die Zusicherung, daß die Konservativen mit den „christlich-nationalen Arbeitern“ in Verbindung bleiben wollen, so daß Herr David wohl noch öfter die Ehre haben wird, in dieser Ge-sellschaft „Arbeiterinteressen“ zu vertreten. In Arbeiterversammlungen muß man sich berücken und so tun, als wolle man gegen das Kapital antworten. Vom Keilreiben darf man beileibe nicht reden, und wenn Sozialdemokraten die Christen als Keilreiber bezeichnet haben, wurden sie als bewilligte Verleumdung gebraucht. Die Arbeiter werden nicht vergessen, was die christlichen Gewerkschaften nach dem Aussprüche ihres eigenen Führers tun sollen!

Aus einer christlichen Gewerkschaft.

Die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ schreibt: „Aus einer christlichen Gewerkschaft“. Unter diesem Titel erschien in unserer Zeitschrift im Sommer des verflochtenen Jahres eine Broschüre des früheren christlichen Gewerkschaftsbeamten Johannes Wolf. In dieser Broschüre wurden allerlei Praktiken des „christlichen“ Hilfs- und Transportarbeiterverbandes aufgedeckt, die diesen in einem eigenartigen Lichte zeigten. Es wurde unter Benutzung der Statistiken des Verbandes bewiesen, daß der Verband im Jahre 1908 den Mitgliedern infolgedessen eine falsche Abrechnung vorlegte, als er die Angaben für Unterstützungen um 45 000 Mark zu hoch und die Ausgaben für Verwaltung um die gleiche Summe zu niedrig angab. Desgleichen wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, der Verband habe 27 750 Mark Vermögen in der Hauptkasse, während er in Wirklichkeit 3000 Mark Schulden hatte. Im Jahre 1909 erhöhte sich die Schuldenlast auf 70 000 Mark. Diese Summe soll nach Angabe der Verbandsleitung nicht genau stimmen, aber sie soll doch weit über 50 000 Mark betragen, wie der zweite Vorsitzende des Verbandes, Herr Tremmel, in einer Versammlung in Köln a. Rh. ausgab. Von dieser Schuldenlast ist den Mitgliedern im Verbandsorgan keine Mitteilung gemacht worden. Im Gegenteil, die Angaben des Verfassers der Broschüre wurden hartnäckig bestritten. Man hatte in der gesamten Zentrumspresse den Verfasser der Broschüre in der ärgsten Weise ge-mißmächtigt und als Ausgestoßenen behandelt, weil er den Schwund nicht mitgemacht und die Praktiken aufgedeckt hatte. Gegen die Redakteure

Thielhorn und Wehrhahn hatte man ein Strafverfahren eingeleitet wegen „Verleumdung“, und unsere hiesigen Zentrumsblätter in insbe-sondere konnten sich nicht genug tun in Pöbeleien gegen den Ver-fasser der Broschüre und ihre öffentliche Empfehlung und Besprechung in unserer Zeitung.

Zugleich hat sich der Staatsanwalt in Aachenburg der Sache angenommen und gegen den Zentralvorsitzenden Dewald, den Stell-vertretenden Vorsitzenden Tremmel und den Kassierer Parier das Er-mittlungsverfahren wegen Betrugs und wegen Bilanzverschleierung eingeleitet!

Herr Dewald ist bayerischer Landtagsabgeordneter und Mitglied der Zentrumsfraktion. Und auch die anderen beiden Herren sind stramme Zentrumsleute. Da kann man es schon verstehen, weshalb die Zentrumspresse den Vorstand des „christlichen“ Verbandes so tapfer verteidigte und auf den Verfasser der Broschüre und die bösen Sozial- so mordendmäßig schimpfte.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Genossenschaftliche Brotproduktion in Deutschland.

In dem soeben erschienenen Jahrbuch für 1910 des Zentral-verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsarten findet sich auch eine sehr interessante Abhandlung über die Entwicklung der genossenschaftlichen Brotproduktion. Bekanntlich haben gerade im Bäckergewerbe die Genossenschaften bahnbrechend für den Uebergang zum Großbetrieb gewirkt; sie haben mit zuerst die modernen technischen Erzeugnisse, die großen Doppelbackofen, die Knet-, die Wehmisch- und andere Maschinen eingeführt, und sie sind auch voran-gegangen in der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für die Bäckereiarbeiter, indem sie tariflich den Acht-, resp. in kleineren Betrieben den Neunpennentag festgelegt haben.

Das auf Grund von Fragebogen, die an die in Genossenschafts-bädereien beschäftigten Kollegen vergeben wurden, gewonnene Material zeigt nun folgende Entwicklung in den letzten neun Jahren. Es be-ziehcn genossenschaftliche Bädereien:

Table showing statistics for cooperative bakeries from 1901 to 1909/10, including columns for year, number of bakeries, employees, and turnover.

Es hat sich also in dieser Zeit die Zahl der Betriebe fast verdie-nacht, die der beschäftigten Arbeiter vervierfacht (in den letzten Jahren sind viel neue kleinere Bädereien entstanden, woraus sich der Rück-gang in der Durchschnittsziffer der Beschäftigten erklärt), während der Wert der erzeugten Waren auf mehr als das Sechsfache ange-wachsen ist. Von dem im letzten Jahre erzielten Umsatz von 61 835 370 Mark entfallen übrigens 50 272 674 Mark auf Brot, 8 868 052 Mark auf Kleines Backgebäck und 2 698 744 Mark auf Kuchen. Wie aus diesen Zahlen ersichtlich, hat demnach eine Erhöhung der Durchschnittsleistung der Bäckereigenossen stattgefunden, die zum Teil auf die Einführung neuer arbeitssparender Maschinen, zum Teil aber wohl auch auf eine intensivere Arbeitsleistung zurückzuführen ist. Es zeigt sich hier also wieder, daß die Vertiefung der Arbeitszeit durchaus zu seiner Winder-leistung zu führen braucht, sondern im Gegenteil oft das geleistete Arbeitsquantum erhöht.

Sehr erfreulich ist es, wenn der Bäckerverband in Anerkennung der Bemühungen der Konsumvereine um Verbesserungen der Arbeits-bedingungen folgendes schreibt:

„Wir sind dessen gewiß, daß die genossenschaftliche Brotproduktion weiter rüstige Fortschritte machen wird, nicht zum Schaden der Arbeiter in unserem Bezirke, sondern zu deren Nutzen; denn wenn auch in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen in mancher Ge-nossenschaft noch etwas zu tun übrig bleibt, so steht doch das eine fest, daß die Verhältnisse in diesen Betrieben im allgemeinen — wie auch der abgeklärte Landesrat zeigt — turnusweise erhalten sind über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben des Kapitalismus und der Kleinmeister.“

Ein genossenschaftliches Unternehmen auf dem Fahrradmarkt.

In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften auch heute noch auf den genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb von Lebens- und Genussmitteln für ihre Mitglieder beschränkt; der Ver-trieb zahlreicher Gebrauchsgüterstände des täglichen Lebens befindet sich noch in den Händen des wirtschaftlich rüstigen und daher preisverleuernd wirkenden Kleinhandels, obgleich der Massenbedarf an einzelnen dieser Gebrauchsgüterstände in den Kreisen der Arbeiter-schaft zum genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb geradezu drängt. So z. B. das Fahrrad, das heute mit seinen Zubehörtteilen eine ungeheure Industrie beschäftigt und samt Zubehör fast nur in Arbeiterkreisen Absatz findet, dessen Höhe sicherlich nach Millionen von Mark bewertet werden kann.

Der Gedanke, diesen Millionenumsatz in genossenschaftliche Bahnen zu lenken, mußte ja sehr nahe liegen und tatsächlich hat auch die Großenkaufgesellschaft deutscher Konsumvereine vor einigen Jahren den Vertrieb von Fahrrädern, wenn auch ohne besonders ermutigenden Erfolg, mit übernommen. Mit besserem Erfolge als die Großenkaufgesellschaft hat sich eine andere Arbeiterorganisation auf diesem Gebiete betätigt. Bekanntlich hatte sich vor einigen Jahren schon in Berlin eine Anzahl Arbeiter zusammengeschlossen, um den genossen-schaftlichen Bezug, eventuell auch Herstellung und Vertrieb von Fahr-rädern und dazu gehöriger Artikel und Ersatzteile in die Wege zu leiten und hierdurch die im Handel bestehenden Mißstände, die eine schwere Schädigung der Konsumenten bedingten, zu beseitigen. Das Unternehmen fand bei den radfahrenden Arbeitern lebhaften Anklang und erfreute sich bald eines regen Zuspruchs, umso mehr, als es sich das Prinzip der Konsumvereine: „Reelle und gute Ware zu billigen Preisen“ zu eigen gemacht und außerdem aber auch in der größten der bestehenden Radfahrer-Organisationen, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ mit seinen 130 000 Mitgliedern, einen eifrigen Förderer und in finanzieller Hinsicht kräftigen Rückhalt fand. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich das Unternehmen emporgearbeitet und der Umsatz, der 1905 erst 12 000 Mark betrug, hat sich 1906 auf 36 000, 1907 auf 48 000, 1908 auf 183 000 und 1909 auf 291 000 Mark gehoben; im Jahre 1910 erreichte der Umsatz die Summe von rund 600 000 Mark. Ohne Zweifel dürfte der Umsatz auf einige Millionen Mark gesteigert werden können, wenn es gelänge, alle radfahrenden Arbeiter, deren Zahl in Deutschland auf mehrere Hunderttausend zu schätzen ist, zur Deckung ihres Bedarfs bei dem von organisierten Arbeitern ins Leben gerufenen und geleiteten Unternehmen zu veranlassen.

Bis Ende 1910 war das Unternehmen selbständige Genossenschaft, deren Ueberträge jedoch dem Arbeiter-Radfahrer-Bunde „Solidarität“ zuflossen; die letzte Generalversammlung des Bundes hat in Er-kenntnis seines hohen Wertes für die Arbeiter-Radfahrer die Ueber-nahme mit Aktien und Passiven in die Verwaltung des Bundes be-schlossen. Der Sitz des Geschäftes, der sich bisher in Berlin befand, wurde demgemäß an den Sitz der Bundesverwaltung, der sich in Offenbach a. M. befindet, verlegt. Die Verlegung ist im Februar 1911 vollzogen worden, nachdem dorthin sowohl für die Bundesverwaltung, wie für das Geschäft durch die Opferwilligkeit der Bundesangehörigen auf eigenem Grund und Boden ein eigenes Gebäude errichtet worden war, dessen Umfang auf eine erhebliche Ausdehnung des Betriebes zugeschnitten ist, in dem später auch die Selbstproduktion einiger Artikel betrieben werden wird.

In seiner neuen Gestaltung und im eigenen Haus wird die Leitung des Unternehmens noch mehr als bisher bestrebt sein, auf dem beschränkten Wege weiter vorwärts zu schreiten und der Genossen-schaftsziele auf diesem Gebiete das Feld baldständig zu erobern. Neben dem Hauptgeschäft in Offenbach a. M., das hauptsächlich Vertriebsgeschäft ist, bestehen größere Filialen mit Reparaturwerkstätten in Offenbach a. M., München, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Hannover, Dresden, Leipzig, Breslau, Berlin (zwei), Hamburg, Kiel, Magdeburg; ferner kleinere Niederlagen in über 100 Städten Deutsch-lands. Das Geschäft ist also ziemlich umfangreich, weit verzweigt und bietet allen Arbeiterradfahrern Deutschlands die Möglichkeit, ihren Bedarf an allen einschlägigen Artikeln ohne Mühe am eigenen Orte oder in nächster Nähe zu decken.

Zurzeit sind in dem Unternehmen, das noch am Anfange seiner Entwicklung steht, im ganzen circa 50 Personen beschäftigt und zwar unter den Bedingungen, die den Forderungen der organisierten Ar-beiterkraft durchaus entsprechen. Der erzielte Gewinn wird nicht, wie es in den Konsumvereinen geschieht, als Dividende verteilt, sondern fließt den unterstützungsfonds des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Soli-darität“ zu.

Wie das Unternehmen heute nach kurzer Zeit seines Bestehens daheißt, zeigt es uns, was Opferwilligkeit, Eifrigkeit und ernstes Streben zum Besten der Allgemeinheit vollbringen können. Möge es blühen und gedeihen und im neuen Jahre in seinem neuen Heim die Unterstützung und Förderung finden, die es in Würdigung seiner Grundzüge und seiner Ziele in den Kreisen der organisierten Ar-beiterschaft mit... verdient.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Oberschlesische Versammlungsfreiheit vor dem Oberverwaltungsgericht.

Wichtige vereinsrechtliche Grundzüge, die namentlich die Genehmigung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel betreffen, stellte das Oberverwaltungsgericht in Berlin auf. Der Arbeiterssekretär Wiegorek als damaliger Vorsitzender des „Oberschlesischen christlichen Arbeitervereins zur gegenseitigen Hilfe“, einer polnisch-katholischen Gewerkschaft, hatte am 5. September 1900 nach Virletthal (Kreis Ratiboritz) eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel einberufen, in der über Arbeiterangelegenheiten in polnischer Sprache verhandelt werden sollte. Und zwar sagte er in dem Genehmigungsantrag, daß die Versammlung in dem Garten des betreffenden Grundstücks oder auf dem daneben liegenden Felde des-jelben Weisers stattfinden solle. Der Amtsvorsteher verweigerte die Ge-nehmigung, weil eine Verletzung der öffentlichen Sicherheit zu be-fürchten sei (§ 7 des Reichsvereinsgesetzes). Der Amtsvorsteher machte geltend, daß der Garteneingang nur anderthalb Meter breit sei und so nicht genüge. Zweitens sei das beim Garten liegende Gebäude zum Teil mit Stroh bedeckt, so daß bei der Bewohntheit der dortigen Bevölkerung, Tabak und namentlich Zigaretten zu rauchen, Feuer-gefahr entliehe. Drittens seien auf dem ebenfalls in Aussicht ge-nommenen Felde Senkungen infolge früherer Bergbau vorhanden, die gefährlich werden könnten. Auch gäbe es da ebenfalls in der Nähe Gebäude mit Strohdächern.

Wiegoreks Klage gegen den Amtsvorsteher wurde sowohl vom Kreisaußschuß als auch vom Bezirksauschuß abgewiesen. Zwar sei bezüglich der Benutzung des Feldes nichts zu befürchten, soweit es sich um die Zugänge zum Felde und um die Senkungen handele, da in der Beziehung die Beweisaufnahme zugunsten des Klägers aus-gefallen sei. Anders liege es aber mit der Feuergefahr. Diese be-stände und ein Rauchverbot würde nichts nützen, weil die Leute es nicht beachten würden.

Das Oberverwaltungsgericht hob aber in seiner letzten Sitzung die Vorentscheidungen auf und erklärte das Verbot bezu. die Ver-sagung der Genehmigung für ungerichtlich. Begründend wurde ausgeführt: Die Zugänglichkeit des Platzes, namentlich das wahlweise angegebene Felde, sei genügend gesichert und die Grundstellen bieten nach einem Gutachten des Bergverwaltungsamtes keine Gefahr. (Berg-betrieb schon seit 1845 eingestellt.) Und wenn die Versammlung nach Meinung des Amtsvorstehers nicht hätte im Garten abgehalten werden dürfen, dann hätte sie auf dem Felde abgehalten werden können. Der Amtsvorsteher hätte berücksichtigen müssen, daß dieses wahlweise zur Verfügung stand, und hätte eventuell die Genehmigung auf das Feld beschränken können. Meide der letzte Grund: Die Feuergefahr. Es sei richtig, daß diese Gefahr hätte entzünden können. Aber die Polizei sei in der Lage gewesen, das Rauchen zu verbieten. Grundfänglich komme für solche Fälle in Betracht, daß das Versammlungsrecht garantiert sei. Wenn Gefahren außerer Art entgegenständen, sei es darum immer Pflicht der Polizei, zu prüfen, ob die Gefahr nicht durch entsprechende Vorkehrungen beseitigt werden könne. Das wäre hier der Fall gewesen durch ein Rauchverbot und eine darauf begünstigte Kontrolle der Polizei. Deshalb sei das Verbot der Versammlung auf-zuheben.

Internationale Rundschau.

Der bedauerliche Streit in Oesterreich zwischen den gewerkschaftlichen Zentralisten und den nationalistischen Separatisten

hat die Vorstände der Zentralgewerkschaften veranlaßt, in einer im März stattgefundenen Reichskonferenz folgende Resolution einstimmig anzunehmen:

„Die Reichskonferenz der Zentralgewerkschaften Oesterreichs er-klärt, daß im Streitfall um die einheitliche Organisationsform mit den Separatisten der christliche Wille zum Frieden durch die von der Reichsgewerkschaftskommission vorgelegten Einigungsanträge ernstlich bedacht wurde.“

Die tschechischen Separatisten haben nun durch ihre Gegenanträge, die nur eine Umschreibung ihrer ersten Anträge bedeuten, und ihr Verhalten während der Verhandlungen bewiesen, daß sie den Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht antreiben. Sie haben im schroffsten Gegenatz zur Zentralorganisation den Willen klar ausgeprochen, auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reiches unerjährlieh zu beharren. Bei Anerkennung dieser prinzipiellen Grundzüge wäre das Proletariat Oesterreichs, trotz aller Gegenseitig-keit, in den Fabriken und Werkstätten national zerstückelt und könnte es unmöglich organisatorisch erstarkt werden.

Die Ablehnung der von den Zentralisten angestrebten organisa-torisch einheitlichen Streikführung und Ansammlung der hiezu erforderlichen Mittel bedeutet in ihrer Wirkung, auf den Kampf um die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse für das tschechische Proletariat zu verzichten und ihn für die gesamte Arbeiter-kasse Oesterreichs zu erschweren. Die aus den separatistischen Gegen-anträgen ersichtlichen Tendenzen hindern dauernd die Befolgung eines einheitlichen; sie widerstreben den elementarsten Begriffen über die Gewerkschaften und deren Kämpfe; sind vielmehr Grundforderungen des schroffsten Nationalismus, Tendenzen, die das Proletariat nicht einigen, sondern gegenseitig entfernend und darum kulturell und sozial ernstlich bedrohen.

Die Reichskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechisch-jüdischen Gewerkschaften und Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näher stehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterschaft.

Dadurch werden Gefahren nicht nur für das tschechische, sondern für das gesamte Proletariat Oesterreichs heraufbeschworen, die es im Kampfe gegen das mächtig emporkommende Unternehmertum orga-nisatorisch heunen und schwächen.

Die Reichskonferenz billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschafts-kommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationsformen in kein Gegenseitigkeitsverhältnis ein-zugehen und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.

Die Reichskonferenz setzt das höchste Vertrauen in ihre Gesamt-vertretung, die Reichsgewerkschaftskommission, in der Ueberzeugung, daß sie die Sache der Zentralorganisationen mit Umsicht und ent-sprechender Energie so wie bisher auch weiter führt. Sie erwartet daher von der sozialistischen Internationale in Oesterreich im Interesse des gesamten Proletariates die vollste Unterstützung in dem den Zentralorganisationen aufgeworbenen Kampfe, um die österreichische Arbeiterschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung wech- und kamp-fähig zu erhalten.“

Der Streit in Südwales.

Seit dem 1. November 1910 dauert nun schon der Streit der Berg-arbeiter im Rhonddale, ohne daß Aussicht auf seine baldige Be-ndigung bestünde. Bekanntlich ist dieser Streit, an dem zwischen 11 und 12 000 Bergarbeiter beteiligt sind, ein Sympathiestreit, mit dem die Arbeiter eines von protegen Schwarzwägen geleiteten Beden-syndikats, des „Cambrian Combine“, ihren auf der Grube Ely aus-gesparten Kameraden helfen wollen. Leider bis jetzt noch ohne Er-folg. In den letzten Wochen hat sich die Lage kritisch gestaltet. Der jüdisch-jüdische Bergarbeiterverband ist wegen der niedrigen Beiträge, die er erhebt, von allen britischen Organisationen der am wenigsten widerstandsfähige Verband, wenn es sich um einen langen Streit handelt. Ende Januar kam der nationale Verband den Wältern mit einer Geldunterstützung von 60 000 Mark wesentlich zu Hilfe. Das half einigermaßen; aber die Klasse des wälser Verbandes wurde denn-noch sehr mitgenommen, so daß sie augenblicklich nur noch eine Million Mark enthalten soll, eine Summe, die für eine Organisation, die mehr Mitglieder zählt, als der deutsche Bergarbeiterverband, recht klein ist.

Durch Verhandlungen im Einigungsamt haben sich die Leiter der Bergarbeiterföderation von Südwales mit den Vertretern der Wäl-

besser über den Friedensschluß geeinigt. Aber die Arbeiter vorwärts die ihnen von ihren Vertretern empfohlenen Bedingungen in der Urabstimmung, da sie der Ansicht waren, daß die neuen Arbeitsbedingungen schlechter seien als die früheren. In der vergangenen Woche griff nun das Komitee der Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens ein und verlangte eine zweite Abstimmung. Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter die Arbeit wieder aufnehmen sollten, lauteten: Die beiden Parteien kommen überein, daß die Preiskrise vom 22. Oktober 1910 verfahrensweise auf 12 Monate eingeführt wird; die Arbeitgeber verpflichten sich, die Löhne der Arbeiter, die wegen „abnormer Arbeitsstellen“ keinen auskömmlichen Lohn verdienen können, aufzubessern. Das Verlangen des Vorstandes der Föderation nach einer erneuten Abstimmung wurde von den Streikenden, die durch den langen Kampf und die gewalttätigen Methoden der Polizei, die sich ganz wie ein Hausrecht des Grubenkapitals aufführt, sehr erbittert sind, mit großer Entrüstung aufgenommen. Die Abstimmung wurde aber dennoch vorgenommen und ergab das Resultat, daß sich 7041 Stimmen gegen die Annahme der Friedensbedingungen und nur 800 dafür erklärten. Damit war das Schicksal des neuen Vertrages besiegelt.

Man spricht jetzt von einem Generalstreik im südwalisischen Revier. Der Vorstoß kommt etwas spät. Hätte man im vorigen Jahre, als die Streikenden eine ähnliche Maßregel forderten, mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung gedroht, so würde die Episode vielleicht überwunden sein. Öffentlich gelingt es den wackeren Anknappen im Ahnabdale, die während des langen Winters ihre Kampfkraft glänzend bewiesen haben, die Schachtmacher bald zum Nachgeben zu zwingen.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Reformbestrebungen des südwalisischen Verbandes wieder auf Tapet gebracht. Auf der Konferenz dieser Organisation, die im Anfang dieser Woche in Cardiff stattfand, wurde eine Reihe Vorschläge angenommen, die eine durchgreifende Umgestaltung der finanziellen Grundlage des Verbandes bedeuten. Wisher bezahlten die Mitglieder an Beiträgen nur 1 Mt. im Monat, wobei allerdings nicht zu vergessen ist, daß die einkommenslosen Mitglieder im südwalisischen Bergarbeiterverband fast ausschließlich für Kampfbüchse verwendet werden. Unterhaltungen beziehen die Bergarbeiter von selbständigen Hilfskräften. Nun ist beschlossen worden, den monatlichen Beitrag von 1 Mt. auf 2 Mt. zu erhöhen, wovon 1,50 Mt. an die Zentralkasse und 88 Pf. an die Distriktskasse abgeführt werden sollen, so daß der Ortskasse 17 Pf. verbleiben. Sollte die Distriktskasse nicht instande sein, 1 Prozent der Mitglieder im Distrikt während einer Arbeitsniederlegung zu unterstützen, so kann sie sich an die Zentralkasse wenden. Ferner wurde beschlossen, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Ueber die endgültige Annahme dieser Neuerungen wird jetzt durch eine Abstimmung der Mitglieder entschieden werden.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide Bergmannsgilde (istalisch). Das Gefühl der Sparsamkeit hat die Verwaltung übernommen, aber es wird am verkehrten Ende gespart. Jeden Monat prangt im Schaufelsen ein großer Wagen mit Reparaturarbeiten für beschädigte Kleiderkasten. Es werden Wollzüge von 25 Pf. bis zu 4 Mt. gemacht, unbekümmert, ob der Kumpel einen einwandfreien Haken angetroffen hat oder nicht. Nicht aus buren Uebermut werden diese Kleiderstücke kaputt gemacht, nein, es hängt von schlechtem Material und von der Furcherei des Unternehmers, der diese Arbeit angeführt hat, ab. Viele Haken gehen ab, weil sie nur mit Schießfabel an die Aelte befestigt sind; und dieses hält für die Dauer nicht. Im Draußenraum, auf der südlichen Seite, befinden sich einige dampfführende Bohrer, die nicht bekleidet und sehr heiß sind, an denen sich viele Kumpels stark verbrannt haben. Wir geben zu, daß bei der dort vorgenommenen Reparatur nicht alles ordnungsmäßig eingerichtet werden kann, aber einige Vorkehrungen, um dem Uebel abzuwehren, ferner eruchen wir die Verwaltung, ihr Augenmerk auch auf die Lampenbude zu richten. Die hat sich schon längst als zu klein erwiesen. Ferner verlangen wir mehr sträke zum Ausstellen der Lampen, damit dieselben Leute auch nicht die Lampenreparatur zu besorgen haben; denn niemand kann zweien Herren dienen. Die Leute, die zum Teil Knalben sind, können mit dem Ausstellen der Lampen sowie Reparaturen nicht fertig werden und es herrscht immer ein großes Gedränge, so daß es schon zum Kleidergereißen kam. Auch die Gänge, die von der Lampenbude nach den Schächeln führen, sind viel zu spärlich beleuchtet. Ueberhaupt zu der Zeit, wo die Kettenbahn eingebaut wird, ist es dringend nötig, sie besser zu beleuchten. Wie leicht kann man da zu Fall kommen und sich ernstlich verletzen. Es liegt hauptsächlich im Interesse aller Kameraden, deren Augen stark mitgenommen sind, daß dort sofort Remedur geschaffen wird. Ferner eruchen wir die Verwaltung, dafür zu sorgen, daß sämtliches Material in die Grube geliefert wird, nämlich: Klappenwinkeln, Ketten, Haken und Wolgen für Schüttelkäufen usw. Es ist nicht in der Ordnung, daß die Kumpels mit Eisen beladen, den Korb befeigen und vor Beginn der ordnungsmäßigen Schicht sich müde schleppen müssen. Eine Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften ist darin zu erblicken, daß sogar Schachtelhepper bei offenen Türen anfahren können. Sehen es die bei der Seilfahrt mit der Aufsicht beauftragten Beamten nicht?

Beide Deutscher Kaiser, Schacht II und V. Im Revier 8 (Steiger stein), Flöz G, befand sich eine Abbaustelle mittelst Schüttelkäufe; diese Abbaustelle war so ungünstig wie nur möglich. Das Wasser frönte nur so aus dem Hangenden. Im Zusammenhang damit war der Gebirgsbruch so gewaltig, so daß es zweimal zu Bruch ging. Beim zweitenmal hat man oben eingesehen, daß es nicht ging und hat man die Schüttelkäufe beseitigt. Während der Zeit, wo dieselbe im Betrieb stand, haben die armen Kumpels böse aus; diese mußten acht Stunden in dem Wasser schuften, ohne den geringsten Schutz oder Entgegenkommen bei der Beamtenschaft zu finden und das für einen Lohn (im Monat Februar 1911 von 5,61 Mt.), der sozusagen aus Gnade bewilligt wurde, da auf das Gebinde von 1,20 Mt. pro Wagen nichts verdient werden konnte. Dabei sagte noch ein Mittagsteiger: „Nacht ihr es nicht, machen es andere.“ Zudem gab man der Morgen- wie der Mittagsschicht neben dem Schüttelmeister noch einen Beamten zur Aufsicht, um nur Kohlen und wieder Kohlen zu fördern. Den Vergewaltiger hat man vernachlässigt und es gilt allgemein nur als ein Wunder, daß keine Leute zu Schaden gekommen sind. Jetzt ist, wie schon erwähnt, Schluß und darüber herrscht bei allen darin beschäftigt Gewesenen allgemeine Freude. Bezüglich der Lohnerhältnisse sei bemerkt, daß man an Aufbessern der Löhne gar nicht denkt, im Gegenteil, das Gebinde noch immer zu reduzierten beabsichtigt; das besonders in dem Revier 9, wo die Schüttelkäufe vorherrschend sind. In diesem Revier verlangte man bei einer Flözgröße von einem Meter in den Schüttelkäufen eine Leistung von 10 und 12 Wagen Kohlen pro Bauer, wobei die Kohlen fast nur durch Sprengen gewonnen werden können. Die Gewinnung von 12 Wagen Kohlen wird von manchen Beamten nicht mal als Leistung angesehen, sondern man verlangt noch mehr. Die Gebirgsverwaltung soll auch dafür wachen, daß keine Leute während des Schichtwechsels in die Waisklausen geschickt werden, um Reparaturen an den Kleiderkasten vorzunehmen, es könnte sonst noch ein größeres Malheur passieren.

Beide Gutscher Lippe III. Ueber den Obersteiger K. wird hier seitens der Arbeiter recht lebhaft Klage geführt. Sein Sprachschak enthält Ausdrücke, wie sie unter gebildeten Menschen nicht vorkommen sollen, z. B. „Arantier“, „halle die Schmutz“, „Kerl, komme nicht zu nahe an mich heran, Du stinkst nach Petroleum“ usw. Auch der Verband ist ihm ein Dorn im Auge, hat er doch schon anderen gesagt: „Tragt den Kerl mal, wie lange er schon im Verband ist!“ Dem Herrn Obersteiger wäre in seinem eigenen Interesse dringend anzuraten, sich eine bessere Umgangsprache anzueignen; im Interesse der Arbeiter müssen wir das fordern.

Beide General-Grubkassen. Neue Wesen kehren gut; das mußte auch die Belegschaft der Beide General erfahren an dem neuen Jahrsfeier Vergesslich. Anstatt daß dieser Herr einmal die erbärmlichen Strecken oder die Abbaumethode mit den Kalkstein ändern sollte, verfuhr er durch fortgesetztes Gebingeregeln nach unten, den Arbeitern den Lohn zu schmälern. Auch macht er allerdand Rechenkünste, die manchmal über eine Stunde dauern, um den Arbeitern klarzustellen, daß auf dem Gebinde, welches er sehr, nach ein tieferer Lohn zu verdienen sei. Bei den Bierbetreibern braucht er die größten Ausdrücke und er hat vor einiger Zeit sogar einen Jungen geprügelt. Dieses hat nun wohl auch viel dazu beigetragen, daß am 15. März weit über 100 Mann kündigten, bei einer Belegschaft von circa 800 Mann. Am 3. März kam, wie wir schon mitteilten, in der Morgenschicht ein kleiner Defekt an einer Spurlatte des Fördersehades vor. Auf Befehl des Herrn Fabrikmeisters wurde dieselbe zusammengehangelt, dann konnte die Förderung weitergehen, aber der nächste Korb karambolierte schon. Das passierte zehn Minuten vor der Seilfahrt; wäre es nun bei der Seil-

fahrt geschehen, hätte es sicher einige Tote gegeben. Wäre sofort eine neue Spurlatte eingebaut worden, konnte die Karambolage vermieden werden. Kurz nach dieser Karambolage passierte es, daß die beiden Körbe sich paden und hierdurch entland wieder eine Störung, wodurch die Belegschaft einige Schichten feiern mußte. Um diese Sachen sollte sich der Jahrsfeier Vergesslich besser bekümmern, statt die Gebänge zu reduzierten, so daß Dauerlöhne von 3 Mt. nichts Seltenes sind.

Beide Holland I und II. Die Verwaltung berichtet in Nr. 12 dieser Zeitung: „Es ist nicht richtig, daß auf Jede Holland I und II vom 15. bis 20. Februar 205 Arbeiter bestraft worden sind, weil sie die Kohlenwagen nicht voll oder unrein geladen haben.“ Wir halten demgegenüber unsere Angaben anrecht. Wahr ist, daß im Monat Februar 1910 Mt. und im Monat Januar 900 Mt. an Strafen aller Art verhängt worden sind. Wahr ist weiter, daß oft Arbeiter bestraft werden wegen vorfichthilbrig geladenen Kohlenwagen, obwohl sie in keiner Weise Einfluß darauf haben, daß die Wagen vorfichthilmäßig geladen werden können. Die Behauptung über das frühere „armliche“ Ausgabuntätigkeit Vorfort halten wir aufrecht infopen, daß bis zu dem Tage, wo der Vorfort erschien, Vorfort auf der fünften Sohle anfahren und auf der sechsten Sohle anfahren konnte.

Beide Hugo III. Die Jubel bei der Seilfahrt ist hier zu Hause. Diesen Mißstand zu beseitigen wäre bei einigermaßen guter Kontrolle leicht. Auch die Wetterlampen sind in schlechtem Zustande. Das Auslösen ist hier, besonders für die Nachschicht und Mittagsschicht, von großem Nachteil. Ausgelöst wird von 9 bis 10 vormittags, folglich muß die Nachschicht erst nach Hause gehen oder so lange warten; auch die Mittagsschicht erhält infolgedessen ihr Geld zu spät. Bei einigermaßen gutem Willen könnte bis 9 Uhr alles ausgelöst sein. Die Temperatur ist sehr hoch, die Kameraden klagen über sehr große Hitze. Die Sicherheitsmänner („Grubhüter“) scheinen die Hitze für grünländische Hitze anzusehen, denn sie haben in dieser Hinsicht noch lecher nichts getan. Es werden Dauerlöhne weit unter 5 Mt. bezahlt; fragt man den Betriebsführer um besseres Gebinde, so sagt er: „Nein! Nur den Mut nicht sinken lassen, nur feste drauffloppen.“ Ferner müßten wir den Sicherheitsmännern raten, sich besser um die Sicherheit der Kameraden zu kümmern, damit nicht, wie in letzter Zeit, so viele Unglände passieren.

Beide Mont Genit I und II. In unserer Nr. 11 brachten wir eine Verichtigung dieser Beide, worin die Angaben in Nr. 4 unserer Zeitung über das verobmüdrige „Zumachen“ von Dohlräumen beseitigt wurden. Dazu schreibt uns unser Gewährsmann, daß die Angaben nur nach genauer Prüfung gemacht worden sind und dieselben durchaus den Tatsachen entsprechen. Wenn in der Verichtigung gesagt wird, daß nach eingehender Vernehmung sämtlicher Steiger festgestellt wurde, daß eine derartige Anordnung niemals getroffen worden sei, so beweist das nichts. Keiner der Beamten hat ein Interesse daran, sich selbst zu belügen. Sie sind Inhaber des Soll- und Prämissensystems vollständig abhängig und sie wissen sehr genau, daß sie anderswo nicht so leicht unterkommen, wenn man ihnen den Vorstoß höher hängt. Wenn weiter „festgestellt“ wird, daß ein Beitrag für „Zumachen“ von Dohlräumen nicht verrechnet ist, so stimmt das auch. Das wäre dann, sehr dumm von einem Beamten gehandelt. Das herrschende System bringt es mit sich, daß oft Verträge unter einer anderen Aufsicht verrechnet werden müssen, sonst gibt es einen Mißfall. Also auch damit ist nichts von dem Behaupteten widerlegt. Tatsache ist nun, daß seinerzeit der Dauer K. wegen Herstellen von Dohlräumen entlassen wurde. Darauf wurde der Anschlag ausgehängt, welcher besagt, daß das Herstellen solcher Dohlräume eventuell mit Entlassung bestraft würde. Als dieser Anschlag noch ausstehend, verhandelte der betreffende Revierleiter in der bezeichneten Weise über das „Zumachen“. Da der Ortsälteste hierunter „Zufügen“ verstand, forderte er 150 Mt. (Es war der Beiler von 5-6 etwa acht Feld, der Keller von 6-7 sechsdeinhalf Feld offen, bei hart 4 1/2 Fuß Höhe und je 12 Meter Pecherhöhe; also noch mehr, wie in dem Artikel behauptet wurde.) Der Steiger meinte nun, der untere Beiler sei nicht mitgerechnet, darauf forderte der Ortsälteste 50 Mt. Der Steiger kam nun damit heraus, daß er das „Zumachen“ wörtlich meine und bei 20 Mt. Darauf der Hinweis seitens des Ortsältesten auf den Anschlag und die Gegenüberung des Steigers. Es wurde dann der Beiler von 6-7 auf den Kostenkumpeln zugelegt und etwas Steine darauf gepackt. Eben wollte der Ortsälteste noch die Stempel schlagen, was der Steiger aber nicht für nötig hielt. Auch hier wurde Schramm draufgeworfen und darauf kamen die Schienen zu liegen. Wir hätten diese Sache nicht mehr angehtillien, wenn wir durch das rigorose Entlassen nicht dazu gezwungen wären.

Beide Nordhorn III und IV. Die Strafen stehen hier auf diesem Bütt in höchster Blüte, z. V. wegen unreiner Kohle, Frechheit gegen Beamte und alles mögliche andere. Ein Fall ist besonders kraß zu nennen. Ein Kamerad wurde innerhalb vier Monaten mit 21 Mt. bestraft, die letzten 5 Mt. bezahlte er angeblich wegen willkürlichem Feiern. Der Kamerad lag aber an Lungenerkrankung krank darnieder und ist auch daran gestorben, trotzdem wurden ihm aber die 5 Mt. abgehoben. Wegen diesem Vorfall wurde das Aufsichtsmittel (A. Veränders) beauftragt, die Ende zu untersuchen. Der Herr Obersteiger gab ihm zur Antwort: „Wenn Sie diesen Mann vertheidigen wollen, blamieren Sie sich selber.“ Also auch hier ist es so, das Recht vertheidigen heißt sich selbst blamieren. Mißstände sind genug vorhanden, besonders fehlt es an Holz und Schienen. Wird man wegen Lieferung vorstellig, so heißt es, halt euch welche, aber ohne anzugeben, was dafür bezahlt wird. Beschwerden über Kameraden gegen Ungerechtigkeiten von Seiten der Beamten, dann heißt es ohne weiteres: „Zum 15. wissen Sie ja Bescheid.“

Beide Westfalen. Auf diesem Bütt wurde am 15. März neun Mann durch Anschlag an schwarzen Brett gekündigt. Es sind zum größten Teil Verbandskameraden. Als der Betriebsführer Strammann gefragt wurde, aus welchem Grunde die Kündigung erfolgt sei, gab er verschiedene Antworten. Den einen will er um Privatfachen, den anderen aus Prinzip gekündigt haben. Daß der Herr Betriebsführer Arbeiter wegen Privatfachen kündigt, können wir schlecht glauben. Es soll daher wohl bei allen „Prinzipfachen“ sein. Aus „Prinzip“ hat man ja auch im Jahre 1908 nach der Landtagswahl 14 Kameraden entlassen, weil sie nicht blau oder schwarz gewählt hatten. Eins wollen wir dem Herrn Strammann sagen, nämlich, daß es unehon ist, Arbeiter, die sich selbst gekündigt haben, zu veranlassen, die Kündigung zurückzunehmen und dann denselben in ein bis zwei Monaten werksseitig zu kündigen. So ist es 1908 gewesen und auch jetzt. Am 18. März wurde gefeiert, angeblich wegen Mangel an Holz. Die Arbeiter glauben nicht an Holzmangel, denn einen Tag feierten wegen Mangel an Holz und die anderen Tage Verheißungen verfahren lassen, um tüchtig Kohlen fördern zu können, paßt nicht zusammen.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Gewerkschaft Ollndorf. Verichtigungen brauchen nicht wahr zu sein; die Richtigkeit ihrer tatsächlichen Angaben ist nicht zu prüfen. Entschuldigungen des Oberlandesgerichts Breslau, der Amtsgerichte Heiligenstadt, Darmstadt usw. — Zu den in Nr. 9 und 10 unserer Zeitung erschienenen Notizen über die Verhältnisse auf diesem Werk erhoben wir unter Verlesung auf das Verheißliche folgende angebliche Verichtigungen: „Strafen werden auf unseren Werken nur äußerst selten verhängt. Im Jahre 1910 lösten der Arbeiterunterstützungskasse aus Strafgebühren im ganzen 510 Mt. zu bei einer Belegschaft von etwa 925 Mann. Die Strafgebühren sind bis auf den letzten Pfennig nur für die Zwecke der Arbeiter verwendet worden. Die den Beamten gewährten Unterhaltungen fließen aus dem jährlich mit einem bestimmten Betrage von der Gewerkschaft dotierten Fonds für wohltätige Zwecke, teinesfalls aber aus der Arbeiterunterstützungskasse, obwohl diese zu 1/3 jährlich mit 3000 Mt.) aus freiwilligen Zuwendungen der Gewerkschaft dotiert wird. Die Kontrolle über die Arbeiterlöhne, die bei uns im Jahre 1910 bei allen Arbeiterklassen geübt werden, dürfte durch die Reichsversicherungsstelle ohne Jahr Zutun schon einwandfrei gehandhabt werden.“ Auf den Gedanken, daß der von uns im Jahre 1910 erzielte Mehrerwerb auf Kosten der Arbeiter gemacht worden wäre, dürfte ein „einwandfreier“ Beurteiler nicht kommen, da aus unserem Jahresberichte neben den Gewinnziffern zugleich auch die Mehrförderung ersichtlich ist. Hochachtung! Gewerkschaft Ollndorf. Waer.

Mansfelder Gewerkschaft (Kontenhaltschacht). Auf diesem Schachte verunglückte in der Nachtschicht vom 29. März der 19jährige Bergmann Hermann Tängel durch herniedergehendes Gestein tödlich. Die Unglücksfälle auf den Mansfelder Schächten vermehren sich in letzter Zeit unheimlich. Wenn genügend Holz gestellt würde, könnte mancher Unglücksfall vermieden werden. Durch die niedrigen Gebänge, wie sie hier in Mansfeld üblich sind, ist der Arbeiter gezwungen, alle Vorsicht außer Acht zu lassen. Die Antreiberei wird immer größer. Manche Beamte gehen überhaupt feindsig vor. Auch an den üblichen Medenkarten läßt man es nicht fehlen. Weichwörtlich ein Arbeiter über irgend eine Sache, dann heißt es: „Die Papiere sind fertig!“ Großes Unrecht geschieht manchen jungen Arbeitern dadurch, daß, wenn

sie sechs Jahre den Bund gezogen haben und sind nur auf kurze Zeit von der Gesellschaft weg gewesen, sie hernach als Fördermann geführt werden, während man die nur zwei und drei Jahre angefahren sind, vor Ort kommen und in ein paar Jahren die Dauerprobe machen. Viele haben sich darüber beschwert, es hilft aber nichts. In all den traurigen Verhältnissen sind auch viele Arbeiter selbst mit Schuld. Viele sind es noch, die noch nicht organisiert sind, die sich drücken. Schlicht euch dem Bergarbeiterverbande an, dann bildet ihr auch eine Macht und die Verhältnisse werden besser.

Königsreih Sachsen.

Grube Braunsdorf bei Auerbach. Hier herrscht seit einigen Jahren das getrennte Gebinde, wodurch die Schuterei bis zur Erschöpfung getrieben wird. Wer gute Kräfte besitzt, kann dieselben in einigen Jahren ruinieren. Hauptächlich werden die Stützeorgane sowie der Wagen in Mitleidenschaft gezogen. Auf den Kursscheinen der Bergleute findet man fast regelmäßig verzeichnet: Wagen- und Darnifahrt und Lungentrakt (Kohlenlunge). Das ist nur eine Folge der Ueberarbeit. Es hat alles seine Grenze und besonders die Gesundheit ist sehr schnell ruiniert. Die Grube erfährt dieselbe aber den Arbeitern nicht, wenn sie sich ruiniert haben, 85-87 Wagen sind schon in vielen Fällen in einer Schicht gefüllt worden von einzelnen Arbeitern. Das ist kein Arbeiten mehr, sondern ein wahnwitziges Drauffloppeln, dem im Interesse der Arbeiter Einhalt geboten werden mußte. Dazu sind die Strecken noch schlecht und holprig, die Wagen vielfach kaputt und schlecht geschmiert, so daß sie kaum von der Stelle zu bringen sind; das Gebänge und die Platten liegen vielfach sehr mangelhaft und erschweren die Arbeit ungemein, alles Momente, die bei etwas gutem Willen geändert werden könnten. Die sanitären Einrichtungen müssen auch als unzureichend bezeichnet werden. Die Bewitterung ist manchmal so mangelhaft, daß die Arbeiter zur Karbidlampe greifen müssen, um überhaupt arbeiten zu können. Spöttisch wird den Arbeitern dann noch manchmal gesagt: „Es brennt doch nicht so schlecht!“ Der Sicherheitsmann scheint auch verschiedenen Leuten ein Dorn im Auge zu sein und das ist bei den herrschenden Verhältnissen erklärlich. Dieser aber hat unter diesen Umständen eine schwere Aufgabe, der er nur gerecht werden kann, wenn die Arbeiter ihn unterstützen, indem sie die zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassenen Vorschriften streng beachten und sich nicht durch sinnlose Draufloschleierei davon abhalten lassen. Bedauerlich ist es ja, daß viele Arbeiter noch nicht eisenen gelernt haben, was ihnen nützt. Hoffentlich sieht die Bergbehörde einmal nach dem Nechten.

Lugauer Steinkohlenbauverein. Es ist ja allgemein bekannt, daß die Bergverwaltungen streng darauf achten, daß auf den Werken oder im Arbeitsverhältnis keine Agitation getrieben wird. Uns sind Fälle bekannt, wo schon Kameraden entlassen wurden, wenn sie angeblich verurteilt haben. Mitglieder für die Organisation zu gewinnen. Selbstverständlich trifft das nur zu, wenn für den Verband der Bergarbeiter agitiert wurde. Anders liegen die Dinge, wenn Beamte als Agitatoren auf der Grube tätig sind, wenn Steiger, Jahrgelassen, Materialverwalter usw. nicht etwa unter ihren Kollegen agitieren, um sich ebenfalls zu organisieren, sondern unter den Arbeitern, um diese zu veranlassen, in Zukunft nach strengstem Schema Kohlen zu haben oder die Kessel zu heizen. In letzter Zeit hat sich diese Aufgabe Herr Verwalter D. u. H. von Lugauer Steinkohlenbauverein zu eigen gemacht. Dieser Herr, welcher sehr viel Zeit zu haben scheint, wandert umher und zieht Erkundigungen ein, wer Mitglied des Vereins inagistrieren vermag. Seine Neugierde geht so weit, um auch zu wissen, wer im Bergarbeiterverband ist und ob bestimmte Kameraden denn nicht einmal gefragt haben, ob sie sich dem Anknappenverein anschließen wollen. Aber, Herr Verwalter, wissen Sie denn nicht, daß wir das 20. Jahrhundert schreiben? Was man mit diesen, nicht einmal recht lang gestellten Fragen erreichen will, bedarf keines großen Nachdenkens. Wir sind der Meinung, daß das Ende der Arbeiter ist, Herr D. u. H. und nicht in den Bereich ihrer Tätigkeit gehört.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Alberschacht (Lichtenau). Der Direktor J. von der hiesigen Grube ist den Arbeitern gegenüber nicht allzu einnehmend. So befragte er eine Kameradschaft auf dem Alberschacht, wieviel Wagen sie liefern könnte und was sie pro Wagen erhält. Die Kameraden sagten 35, höchstens 40 Wagen, und sie erhielten 18 Pf. pro Wagen, was bei 35 Wagen einen Lohn von 6,30 Mt. für zwei Mann und 3,15 Mt. für einen Mann ergäbe. Darauf sagte der Direktor, das sei ein guter Abschloß, wenn sie immer noch 3 Mt. verdienen könnten. Er empfiehlt den Bauern so mitzufahren wie der Schlepper fährt und den Schleppern so vor der Arbeit zu haben wie der Fahrer, damit mehr geliefert würde. Dabei darf der Schlepper nicht allein vor der Arbeit arbeiten. Zu einem schon mehrere Jahre in der Grube beschäftigten und verheirateten Arbeiter sagte er: „Wie alt bist Du Junge, was ist das für ein Junge?“ Soll auf diese Weise das gute Einvernehmen geklärt werden? Was würde der Direktor sagen, wenn man ihm so befragte? Verdient er auch nur einen Lohn von 3 Mt.? Dorf man ihn auch als Jungen bezeichnen?

Christmann (Honsdorf, Auerbach). Der Gedanke, Kohlen zu fördern, scheint alle anderen Bedürfnisse auf dieser Grube in den Schatten zu stellen. So wird das Gebänge in Wegebaustollen, wo ein großer Teil der Belegschaft einfahren muß, mit Steinen ausgefüllt, die den Bergmann jeden Augenblick in Gefahr bringen, die Füße zu verletzen. Wenn dadurch die Trunkenheit erzielt werden soll, wäre es angebrachter, den Wasserlauf in Ordnung zu halten. Auch wird übersehen, daß auf dem 1900 Meter-Querschlag, auf der ersten Sohle, schon ein Durchbruch gefährlich ist, da mehrmals das Gebänge heruntergefallen ist, wobei zahlreiche schwere Steine fielen. Wenn die Kumpels nach Meinung der Beamten nicht genügend gearbeitet haben, werden sie als faul bezeichnet, es kommt auch mal eine geleinete Schicht beim Anrechnen ins Vergehen. Mit dem gefährlichen Dummheit wird manchmal umgegangen, als wenn es Zucker wäre, z. V. wird dasselbe nicht in Wägen ausgegeben, sondern es wird mühsamer den Kumpels in die Tasche geschüttelt. Die Löhne sind so niedrig, daß in den letzten Tagen eine Anzahl Schlepper nicht anfahren, weil man ihnen zu mühsame, für 2,40 Mt. die Schicht zu arbeiten. Diese so schlecht Entlohnung wurden notiert, um den Schein zu erwecken, als ob es sich nur um ein Versehen handelte. Werden den Bergarbeitern nicht bald die Augen aufgehen und sie befragen lernen, daß nur gute Organisationen diese Verhältnisse bessern können?

Lugauer (L. Abteilung). Etwas weniger Sachdienlichkeit wäre beim Aufheben Schächler entschieden am Plage. Nicht genug kann diesem Mann gearbeitet werden, bei der geringsten Kleinigkeit heißt es: „Ihr bekommt nur die halbe Schicht.“ In dem Bestreben, möglichst viel zu leisten, um den Beamten zufrieden zu stellen, lassen die Arbeiter manchmal die nötige Vorsicht außer Acht und die Folgen sind, daß sie Verletzungen davontragen. So wurde kürzlich ein Schlepper am Fuße verletzt, was bei größerer Vorsicht hätte vermieden werden können. Infolge der niedrigen Löhne ist es für die Bergarbeiter doppelt schmerzhaft, wenn fortwährend noch Feierschichten eingelegt werden. Um einen Ausgleich zu schaffen, wäre sehr zu wünschen, wenn nicht immer ein und dieselben Personen, während die Belegschaft feiert, zur Zimmerung beordert würden. Hier könnte jeder einmal davon kommen und wäre dadurch viel Unzufriedenheit beseitigt.

Melschorgube (Titterschacht). Eine große Unzufriedenheit herrscht unter den Lehrlingern, die am 1. Januar befördert worden sind. Von jeder ist es üblich, daß die Lehrlinge 10 Pf. pro Schicht weniger erhalten als die Bauer. Dieses Jahr in es aber anders. Trotzdem die Beförderung vom 1. Januar aus geht, wurden die Leute erst am 15. Januar gewahrt, daß sie befördert waren. Mit der Bezahlung ist es noch schlimmer. Nicht genug, daß die Leute im Monat Januar noch einmal für den Schlepperlohn arbeiten mußten, bekommen sie auch jetzt noch nicht 10 Pf., sondern 50 Pf. weniger pro Schicht als die Bauer. Durch diese Maßnahmen sind die betroffenen Leute mit dem Lohn nicht besser gestellt, als wo sie noch Schlepper waren, als einziger Erfolg ist ihnen nur der Titel geblieben. Wenn man bedenkt, daß ein Bergarbeiter auf der Melschorgube erst 6-7 Jahre als Schlepper arbeiten muß, ehe er zum Lehrling befördert wird, wäre es nicht mehr als recht und billig, diesen Leuten das zukommen zu lassen, auf das sie Anspruch haben. Ob durch solche Maßnahmen einer Erhöhung der Gebänge vorgebeugt bzw. einer Kürzung der Gebänge der Weg geachtet oder der Verlust gedeckt werden soll, der dadurch entstanden ist, daß in der 1. Abteilung in Strede 10-12 ein toller Haufen Gebänge und Wasserrohre verbrochen ist — wer soll es wissen! Mag dem sein wie ihm wolle. Die betreffenden Kumpels haben alle Ursache, zu verlangen, daß ihnen über die sonderbaren Maßnahmen Aufklärung gegeben wird. Um geordnete Zustände bei der Seilfahrt herbeizuführen und die nötigen Strafen zu vermeiden, wäre es angebracht, wenn, wie auf anderen Gruben, Seilfahrtsmarken angeschafft würden.

Lohnaufbesserung für die Saarbergleute gibt es nicht,

das ist das Ergebnis der Verhandlungen im Landtag über die Verteilung richtiger Beteiligter, der königlich-christlichen Saarkumpels. Um eine Erfahrung und einige salbungsvolle Reden reicher, um eine Forderung armer sind die armen Saarbergleute, die durch die „Königlich-christlich-gelben“ Demagogie in dem Wahne gestärkt und erhalten wurden, der preussische Landtag und das preussische Handelsministerium werde ihnen auf einen „Königlich-gelben“ Beteiligter hin eine Lohnaufbesserung gewähren, was der Landtag, genau wie wir vorausgesetzt haben, glatt abgelehnt hat, mit dem fadenstimmigen Hinweis auf das schlechte Betriebsergebnis der Saarkruben. Wie es damit bestellt ist, haben wir in der Nr. 12 der „Bergarbeiter-Zeitung“ an der Hand einwandfreien Materials eingehend nachgewiesen. Ein anderes Resultat war nicht zu erwarten, auch dann nicht, wenn die Betriebsergebnisse sehr günstig ausgefallen wären, denn vom Zentrum und den Konservativen wird doch ein vernünftiger Mensch nicht erwarten, daß sie Beschlüsse für die Arbeiter fassen oder ihnen, sofern es sich um Staatsarbeiter handelt, eine Lohnaufbesserung bewilligten, was die demagogische Wache des Beteiligter sehr gut wissen. Als die „Wälzische Post“ den Beteiligter und die Wallfahrt der königlich-christlichen Saarkumpels zum Handelsminister Sydow feierlichst erklärte, daß sie die schwarze-gelbe Generalität gleich 24 Protestversammlungen, in welchen die „höhnliche Schreibe“ der „Wälzischen Post“ „scharf verurteilt“ und dem preussischen Landtage, wie auch dem Handelsminister, „das volle Vertrauen“ ausgesprochen wurde! Nach am 12. März sprachen 28 „Königlich-christliche“ Vertrauensmänner die Erwartung aus, daß „das hohe Haus“ der preussischen Abgeordneten, die „berechtigten Wünsche der Saarbergleute“ erfüllen würde, denn „eine Nichtberücksichtigung dieser Wünsche würde dazu führen müssen, die schon vorhandene Mißstimmung und Unzufriedenheit unter der Bergarbeiterchaft der Saarkruben erheblich zu steigern“, und schon am 20. März erfolgte die glatte Abweisung aller dieser „berechtigten Wünsche“! Der Herr Handelsminister Sydow erklärte rund heraus, daß bei den schlechten Betriebsergebnissen der Saarkruben gar nicht an eine Lohnaufbesserung zu denken sei, und doch soll derselbe Minister Sydow der königlich-christlichen Deputation, welche zu ihm pilgerte, versprochen haben, für Erfüllung ihrer Wünsche einzutreten! In zahllosen Versammlungen wurde der Saarbergleute mitgeteilt, der Minister habe die Unterstützung der „christlichen“ Wünsche zugesagt und jedesmal brach ein Freudenschrei los, und nun erklärt derselbe Minister genau das Gegenteil!!! Entweder hat Herr Sydow die „christliche“ Deputation oder diese hat ihre Kameraden genarrt!

Der „Bergknappe“ spielt zur Abwechslung wieder einmal den wilden Mann. In seiner Nr. 13 führt er in einem Leitartikel u. a. aus:

Die Bestrebungen des Gewerkschafts zur Erzielung höherer Löhne für die Saarbergleute stoßen auf sehr große Hindernisse nach den verschiedenen Seiten. In erster Linie bei der staatlichen Bergverwaltung. Sie erklärt die Erhöhung der Löhne für unmöglich wegen der mangelhaften Rentabilität des Staatsbergbaues. Wir haben das erwartet!

Also erwartet hat das die schwarz-gelbe Generalität und trotzdem hat sie die armen Saarkumpels aufs Eis geführt! Nach diesem Eingeständnis hat man also nur Komödie gespielt als man an den Landtag ging und zu Sydow pilgerte. Nicht übel! Besonders Interesse haben für uns die „sehr großen Hindernisse nach verschiedenen Seiten“, von denen der „Bergknappe“ schreibt. Er gibt nur eines dieser „Hindernisse“, die sich einer Lohnerhöhung entgegenstellen, die staatliche Bergverwaltung, an. Welcher Art waren denn aber die anderen großen Hindernisse? Hoffentlich drückt sich der „Bergknappe“ nicht um eine klare Antwort!

Dann führt der „Bergknappe“ weiter aus, daß die staatliche Bergverwaltung seit Jahren angegriffen worden sei, weil der Staatsbergbau sich angeblich ungenügend rentiert; diesen Vorwürfen sei sie aber nicht energisch entgegengetreten, habe dieselben vielmehr als zum mindesten teilweise berechtigt anerkannt und sich befreit, durch Ermäßigung der Arbeiterlöhne, einen ansehnlichen Ueberschuß zu erzielen. Die Arbeiter müßten darunter nutzlos leiden; der Staatsbergbau müsse mindestens das leisten, was der Privatbergbau leistet, sonst habe er keine Existenzberechtigung und verdiene beseitigt zu werden. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die staatliche Bergverwaltung muß auch nachweisen können, daß der Staatsbergbau genügend leistet. Kann sie das nicht, so gibt sie damit zu, daß entweder der Staatsbergbau keine Existenzberechtigung hat und verdient beseitigt zu werden, oder daß die staatliche Bergverwaltung nichts taugt. Es müssen denn aus dieser Tatsache die Konsequenzen gezogen werden. Wenn der Staat grundsätzlich unfähig ist, Bergwerksbetriebe zu leiten, so muß er seinen Bergwerksbetrieb abschaffen. Ist aber die staatliche Bergverwaltung selbst an einer ungenügenden Rentabilität der staatlichen Bergwerksbetriebe, so muß man diese in den Ruhestand versetzen. Entweder — oder!“

Diese Thesen klingen ja recht radikal, nur können sich die armen genasführten königlich-christlichen Kumpels keine Suppe davon kochen. Es sind Thesen, die nichts kosten, die nur ge-droht werden, um die königlich-christlichen Kumpels weiter am Karrenseil zu ziehen. Derselbe „Bergknappe“, der jetzt diese radikalen Thesen drückt, wird bei der nächsten Gelegenheit wieder in der tiefsten Demut ersterben vor den reaktionären Mächten (sehr große Hindernisse nennt sie der „Bergknappe“ in seiner Umschreibung), die von einer Aufbesserung der Arbeitslöhne nichts wissen wollen.

Und warum sind z. B. die westfälischen Gruben des Staates nicht rentabel? Warum erfordern sie alljährlich große Zuschüsse, statt Ueberschüsse abzuwerfen? Weiß das der „Bergknappe“ nicht? Weiß er nicht, daß der Staat beim Verkauf der Felder von den „Kontakthaltenden“, Arbeiter gründlich über-s Ohr gebauen wurde, denen die Gewerkschaftsleitung Zutreiber-dienste leistet? Im Antwort wird geantwortet:

Bei Beratung des Berggesetzes im preussischen Landtag leistete sich auch der schwarz-gelbe Gewerkschaftsminister und Zentrum-abgeordnete N u b s ch eine Rede, worin er aus die folgenden Ausführungen der „Königlichen Zeitung“ anführte:

„Die Lage hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter weniger durch den verhältnismäßig geringen Rückgang des Nominallohnes als vielmehr durch das Sinken des Reallohnes, durch die verminder-te Kaufkraft des Lohnes verschlechtert. Alle Schichten der Bevölkerung empfinden bitter die Verteuerung der Lebenshaltung, die uns die letzte Zeit, besonders auch wieder das laufende Jahr gebracht hat. Den schon früher geringeren Schweinefleischpreisen, auf die eine schlechte Kartoffelernte weiter erhöht werden muß, folgte in jüngerer Zeit eine plötzliche Preissteigerung des Rindfleischs um etwa 30 Prozent. Brot und Kartoffeln, die beiden wichtigsten Nahrungsmittel im Arbeiterhaushalt, sind fast im Preise gestiegen; der Zentner Kartoffeln kostet infolge der schlechten Ernte 4 Mk., während der Preis sich in normalen Jahren auf etwa 3 Mk. stellt. Die Verteuerung der vielen Ageren liegt also hauptsächlich in den bedenklich gestiegenen Lebensmittelpreisen und in der Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. Selbstverständlich ist es, wenn der Arbeiter in höheren Löhnen einen Ausgleich zu erlangen sucht.“

Imbisch unterschrieb diese Darlegungen des Kölner Organs mit den Worten:

„Also: der Lohn ist gestiegen, aber die Kaufkraft der Löhne ist nicht entsprechend gestiegen. Das verschlechtert die Lage der Arbeiter natürlich erheblich.“

„Dann sagt er weiter: „Meine Herren, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im allgemeinen nicht günstig ist, ergibt sich aus einer Mitteilung, die ich der „Saarpost“ entnehme. Diese brachte am 18. September z. B. aus dem Amtsblatt des Kreises Wittlicher Nr. 26 die Mitteilung, daß die Forderungen gegen beschäftigte Bergarbeiter wieder demselben zugeordnet haben, daß sich die Berginspektionen veranlaßt sehen, künftig den Schuldnern im Falle wiederholter Forderung die Arbeit zu kündigen.“

Meine Herren, das ist keine sehr schöne Mitteilung, um so weniger, weil man es im Saarrevier mit einer Arbeiterchaft zu tun hat, die im allgemeinen unsere Achtung verdient. Ich verweise darauf, daß ein Beamter der Königl. Bergwerksdirektion, Saarkruben, Herr Bergwerksinspektor Dr. Herbig, im vorigen Jahre im „Wald auf“ auf Seite 1888 den Saarkumpelmann wie folgt schrie: „... daß deren bodenständiger Charakter sündes in dem Besitz des eigenen Hauses das selbstverständliche und auch unter widrigen Umständen zu verfolgende Ziel ist.“

Meine Herren, es ist deshalb unter normalen Verhältnissen fast unerklärlich, daß das königliche Amtsblatt für Ottweiler die Mitteilung bringen kann, daß in letzter Zeit in vermehrter Weise Forderungen bei den Bergarbeitern vorkommen.

Ich habe eine Statistik — diese ist uns das Mittel — auf Grund privater Erhebungen, die nachweist, daß in vielen Orten an der Saar die Verschuldung der Bergarbeiter zunimmt. Ich gebe zu, daß private Erhebungen selten vollkommen sind; von dieser muß ich aber sagen, daß man alle Momente berücksichtigt hat, die geeignet sind, die Statistik möglichst vollkommen zu machen. Ich kann da im allgemeinen folgendes feststellen — ich will Sie mit vielen einzelnen Zahlen nicht bestelligen, um die Debatte nicht zu verlängern:

Am 1. Januar 1909 hatten 5811 Bergleute in 15 größeren Orten des Saarreviers — ich kann Ihnen die Orte nennen und auch die einzelnen Zahlen nach vorlegen, wenn Sie es wünschen — zusammen in 148 Geschäften 278 741 Mk. Schulden. Am 1. November 1910, also nach 23 Monaten, hatten 7414 Bergleute, also bedeutend mehr, in etwa 200 Geschäften zusammen 415 042 Mk. Schulden.“

Durch diese Umschreibungen schlägt Imbisch sich und die schwarz-gelben Christenführer selbst ins Gesicht; sie waren es doch, die die fortgesetzten Manöver der Junker und Junker-genossen auf die Lachen des arbeitenden Volkes guthießen und verteidigten und sich dadurch zu Mitschuldigen machten. Nur dadurch ist die allgemeine Tenerrung und Volkstrot entstanden. Willkür hat man in Gestalt von Zöllen und indirekten Lebens- und Verbrauchsmittelsteuern aus den Lachen der Armen genommen und es den schwerkreichen Junkern und Junker-genossen gegeben. Die Tiraden Imbisch sind darum nichts wie eine Komödie, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Dann verlangte Imbisch eine bessere Behandlung der „guten Arbeiterorganisation“, worunter er die von den schwarz-gelben Generalen geführten christlichen Kumpels versteht. Dabei schwenkte er mit dem roten Koppen wie folgt:

„Ich will mich heute nur auf die Ausführung beschränken, daß mir aus dem Saarrevier Mitteilungen zugegangen sind, wonach man hier und da auch in höheren Beamtenkreisen Meinung zeigt, wenn nicht direkt, so doch indirekt, eine Organisationsrichtung zu unterstützen, welche nicht arbeitet in Anerkennung der gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, wie es mit vollem Recht die christlichen Gewerkschaften tun.“

Dieses feige Denunziantenstückchen hätte sich Imbisch sparen können, weil es jeder Grundlage entbehrt. Im Saarrevier sind besonders auf den staatlichen Gruben die freien Gewerkschaften streng verpönt, weil man sehr wohl weiß, daß es diesen erst ist mit der Vertretung der Arbeiterinteressen. Man bekämpft sie darum mit den unschönsten Mitteln und protegiert dafür die christlichen Gewerkschaften, mit denen man nach Belieben umspringen kann. Die armen christlichen Kumpels, die sich derart von ihrer Zeitung am Karrenseil ziehen lassen, sind tief zu bedauern.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Eine Fressfährung

der öffentlichen Meinung enthält, wie uns zugehende Zeitungs-schnitte lehren, der Reichstagsberichtsbericht vom 21. März 1911 in arbeiterfeindlichen Blättern. Ein gewisser Parlamentsberichterstatter läßt unseren Kameraden S u e vom „ausländischen Lumpenfabrik“ reden. Daß S u e, der bekanntlich internationaler Bergarbeitersekretär ist und zu ausländischen Kameraden die freundschaftlichsten Beziehungen unterhält, diesen Ausbruch nicht gebraucht, stand für uns ohne Nachprüfung fest. Wir drücken aber in dieser Nummer den betreffenden Teil der Reichstagsrede S u e s nach dem Stenogramm ab, so daß sich nun jeder Leser davon überzeugen kann, daß jener Zeitungs-bericht unwahr ist.

Achtung Bergarbeiter!

Die Kassierer und Verkäufer der Kredit- und Abzahlungsbranche haben sich zwecks Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zum Teil der Sektion der Ein Kassierer des Deutschen Transportarbeiterverbandes als Mitglied der angeschlossen. Ein großer Teil dieser Kassierer und Verkäufer steht aber der Organisation noch fern und hemmt somit die Weiterentwicklung der Sektion. Da die Kundschaft dieser Branche nun zum weitaus größten Teil bei den Arbeiterfamilien zu suchen ist und hier im Ruhrgebiet überwiegend aus Bergarbeitern besteht, möchten wir die Kameraden bitten, ein wachsames Auge auf diese Leute zu haben. Es kommt vor allen Dingen in Betracht die Manu-faktur- und Nähmaschinenbranche. Man schließe keine Käufe mit Leuten ab, die nicht organisiert sind, vor allem die Hausfrauen mögen dieses beachten. Die organisierten Kassierer und Verkäufer sind im Besitze einer gelben Kontroll-karte mit dem Vermerk: Sektion der Ein Kassierer. Diese Karte muß laufend abgestempelt sein. Wer nicht im Besitze dieser Karte ist, den weise man zurück. Wenn die Kameraden uns in dieser Weise unterstützen, wird es möglich sein, auch für diese schwer kämpfende Arbeiterkategorie gesündere Verhältnisse zu schaffen.

Die Sektionsleitung der Ein Kassierer.
J. A.: Otto Schreiber, Dortmund, Leibnizstr. 2011.

Knappschaftswahlen.

Am Freitag, den 28. April, finden in den Sprengeln 127 (Stadt Essen), 402 (Wuer-Erle), 226 (Wanne), 410 (Glabbe), 44a (Uffeln), 15a (Bradel), 90a (Waktrap), 92a (Lichtenborn und Geisfeld), 135a (Schombeck), 186a (Leithe und Unterleithe), 172 (Gelsenkirchen), 272a (Duisburg-Neiderich), 333a (Dahlhausen), 392a (Wuer-Nord) und 385a (Wuer), die Knappschaftswahlen statt. Die Begrenzung der Wahl-sprengel und die Wahllokale haben wir schon in unserer letzten Nummer mitgeteilt.

Gewählt wird am 28. April vormittags von 9—12 und nachmittags von 4—7 Uhr.

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder sowohl der Kranken-, als auch der Rentenklasse, welche im Sprengel wohnen, 21 Jahre alt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Um zur Wahl zugelassen zu werden, müssen sich die Wähler bis spätestens zwei Wochen vor der Wahl, d. i. bis zum 13. April, in eine von der Bergverwaltung aufzustellende Wählerliste eintragen lassen. Spätere Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Als Wahllegitimation dient der Ausweis, welchen sich jeder Wähler auf der Zeche, wo er arbeitet, ausstellen lassen muß. Dasselbe darf jeder unentgeltlich in die Wählerliste eintragen und besorge sich den Ausweis, damit niemand seines Wahlrechtes beraubt wird. Unsere Kameraden müssen aber unentgeltlich mit allen Kräften die Wahlarbeit besorgen, damit die Wahlen günstig für den Verband ausfallen. Die Sprengel liegen zumeist für den Verband nicht günstig; der Erfolg kann daher nur durch unermüdete Kleinarbeit gefördert werden, auch unsere Gegner sind an der Arbeit. So schreibt uns ein Kamerad über den Sprengel 172 (Gelsenkirchen): „Ein sehr unvorzuziehbarer Knappschaftsprengel ist der Sprengel 172. So wurde die Wahl vom 30. Dezember 1910, welche mit einer Wieder-

wahl der „Christlichen“ endete, vom Knappschaftsverband für ungültig erklärt. Um nun den Sieg bei der Neuwahl am 28. April d. J. an ihre Fahne zu heften, betreiben die „Christlichen“ eine Agitation, wie sie elender nicht geführt werden kann. So legen die „Wahrheitsliebenden“ „Christlichen“ u. a. die Blüge in die Welt, der „Gesamtheit des alten Verbandes“ hätte selbst den Protest gegen die Wahl vom 30. Dezember 1910 eingelegt und im Geheimen ein „Kompromiß“ mit den „Christlichen“ zu der bevorstehenden Wahl geschlossen. Die Absichten dieser „Christlichen“ liegen klar: Unmöglichkeit in die Reihen der Verbands-kameraden zu pflanzen ist der einzige Zweck dieser Verleumdungen. Ich erkläre, daß dies alles elende Lügen und Verleumdungen sind. Ich habe weder Protest eingelegt, noch ein Kompromiß mit diesen sogenannten „Christlichen“ geschlossen. Diese Sorte Menschen handelt eben nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel.“

Die Sicherheitsmännerwahl

auf Zeche Monopol, Schacht Grillo, am 27. März brachte folgendes Resultat: Auf den Verbandskandidaten entfielen 46 und auf den „Christlichen“ 12 Stimmen. Der Verbandskandidat ist also gewählt.

Offener Brief an Herrn Landtagsabgeordneten Franz Saueremann, Duisburg-Weed.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben in der 88. Sitzung des preussischen Landtags am 20. März d. J. nach dem stenographischen Bericht, Seite 4668, ausgeführt:

„Herr Hoffmann hat endlich von den Kriegervereinigungsbauern in Langenbrunn geredet, die sich Kaufgewehre beschafft hätten. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, Herr Kollege Hoffmann, daß Langenbrunn nicht so weit von Bochum ab liegt. Dort befindet sich das Gewerkschaftshaus des alten Verbandes, wo man im Jahre 1905 während des Streiks auch eine Menge Revolver gekauft hat. Vielleicht hat man sich das in Langenbrunn zum Beispiel genant.“

Herr Saueremann! Sie sind von Arbeitern gewählt, um im Parlament deren Interessen zu wahren. Dieses zu tun haben Sie ausdrücklich versprochen, als Sie dem sozialdemokratischen Parteisekretär Jhren Post für die Wahlhilfe der sozialdemokratischen Wahlmänner erstatteten. Schreiben Sie doch damals in Ihrem Brief an den Parteisekretär Schlußmann folgendes:

„Wenn ich auch politisch nicht Ihrer Partei angehöre, so ist es doch selbstverständlich, daß ich als armer, beschöpfer Arbeiter auch als solcher denke und fühle und immer an erster Stelle dort zu finden sein werde, wo es gilt, die Interessen meines Standes wahrzunehmen oder für unsere heiligsten Rechte zu kämpfen.“

So schreiben Sie, Herr Saueremann, als Sie mit sozialdemokratischerer Wahlhilfe neugeborenen Landtagsabgeordneter geworden waren. Nachdem Sie dieses einige Jahre sind, haben Sie die Interessen Ihres Standes wahrzunehmen ganz vergessen. Kein Wort der Kritik hatten Sie für die Tatsache, daß man sich Kaufgewehre auf der Zeche Langenbrunn verschafft hatte. Dabei wird Ihnen ja auch nicht ganz unbekannt geblieben sein, daß die Sache nicht so harmlos war, wie die Verwaltung es veruchte darzustellen. Die Gewehre sind mit Zechenführerwerk aus der Waffenhandlung zur Zeche geholt und dort gereinigt und reguliert worden. Dieses geschah zu einer Zeit, als die Bergarbeiter sich in einer Lohnbewegung befanden. War dieses nicht eigentümlich? Kein Wort der Kritik hatten Sie für dieses Verhalten. Sie taten das Gegenteil. Sie sprangen der Zeche zu Hilfe und verleumdete den Bergarbeiterverband resp. dessen Vorstand. Sie benutzten die Tribüne des Landtages und Ihre Immunität, um Ihre Gegner zu verleumdern. Sagen Sie, Herr Saueremann, wo sind die Menge Revolver gekauft worden? Auf dem Verbandsbureau in Bochum, behaupten Sie. Das ist nicht wahr. Daß es nicht wahr ist, wird Ihnen ja durch die Gerichtsverhandlungen, die darüber geführt worden sind, bekannt geworden sein. Sie haben also nicht nur leichtfertig gehandelt, sondern bewußt vor aller Welt die Unwahrheit von der Tribüne des Landtages ausgesagt.

Es sind keine Menge Revolver 1905 für das Verbandsbureau gekauft worden, sondern zwei Stück. Diese sind auch erst dann gekauft worden, nachdem im Warenlager des Konsumvereins, das im Verbandsbureau untergebracht ist, zweimal Einbruchdiebstahl verübt worden war und weiter fast eine Million Mark Sammelgelder für die Streifen-dien auf der Verbandskasse waren. Es geschah dieses nicht zum Vergnügen, sondern um eventuell das vorhandene Streifengeld vor Dieben zu verteidigen. Zu diesem Zwecke hat der Hausmann und der Kassierer je einen Revolver erhalten. Würde z. B. Streifengeld gestohlen worden sein, dann wären davon sind mir überzeugt, Sie und Ihre „Christlichen“ Freunde es gewesen, die über die Verbandsleitung hergefallen sein würden. Kein anständiger Mensch wird an dem Verhalten der Verbandsleitung etwas finden. Selbst die Polizei hat hiergegen nichts einzumenden. Anstandslos hat sie dem Verbandskassierer einen Waffenchein zur Verfügung gestellt.

Wie kommen Sie, Herr Saueremann, nun dazu, zu sagen, die Verbandsleitung habe eine Menge Revolver gekauft und die Zeche Langenbrunn habe sich dieses zum Beispiel genant? Dieses haben Sie doch nur mit der Absicht sagen können, die Zeche n e r w a l t u n g zu verteidigen. Ihre Umgebung im preussischen Landtag scheint mächtig auf Sie eingewirkt zu haben; sonst ist es nicht zu verstehen, wie Sie so reden und behaupten die Unwahrheit sagen konnten.

Vertritt man so Arbeiterinteressen? Vielleicht geben Sie uns hierüber Auskunft. Des weiteren erwarten wir von Ihnen, daß Sie Ihre Verleumdungen, die Sie gegen die Verbandsleitung ausgesprochen haben, zurücknehmen, so wie es sich für einen Ehrenmann gebührt. Ober begreifen Sie darauf, dieses zu sein?

Bochum, den 31. März 1911.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Lohnunterschiede der Bergarbeiter.

Wir erhalten folgende Berichtigung:

„In Nr. 10 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 11. März d. J., Seite 6, ist unter der Ueberschrift: „Lohnunterschiede der Bergarbeiter“ folgende Tabelle veröffentlicht, die angeblich die auf Zeche Katharina von einem Bauer vom Oktober 1909 bis Januar 1911 verdienten Löhne enthält:

	Erhalten Lohn p. Monat	Abzüge	Strafen	Reinverdienst	
	Mk.	Mk.	Mk.	p. Schicht Mk.	
Oktober 1909	26	129,22	7,86	2,50	4,58
November 1909	5	25,02	8,94	—	4,21 1/2
Dezember 1909	26	127,99	7,53	0,50	4,61
Januar 1910	25	126,33	9,56	0,50	4,65
Februar 1910	24	127,20	7,46	0,75	4,85 1/2
März 1910	25	129,62	8,14	—	4,86
April 1910	24 1/2	121,07	7,81	2,75	4,46 1/2
Mai 1910	24	121,75	9,58	—	4,67
Juni 1910	25	116,74	7,44	—	4,37
Juli 1910	26	109,20	7,33	—	3,91 1/2
August 1910	26	114,06	8,95	0,75	4,04
September 1910	25	105,30	7,29	—	3,92
Oktober 1910	26	110,87	9,20	—	3,90 1/2
November 1910	24	100,80	7,08	—	3,90 1/2
Dezember 1910	25	105,—	7,26	—	3,91
Januar 1911	16	71,92	6,88	—	4,06
Summa	372 1/2	1741,92	123,21	7,75	

Im Anschluß hieran wird ausgeführt, bei gutem Willen ließe sich hier ein besserer Ausgleich schaffen, der gute Wille sei selber nicht vorhanden. Wir bemerken hierzu, daß die Deputation, es handle sich bei den angegebenen Löhnen um Sauerlöhne, nicht richtig ist. Der im Betrage kommende Arbeiter Friedrich Strugold war vielmehr nur bis Juni 1910 als Zecharbeiter beschäftigt. Daß der Mann einen verhältnismäßig geringen Lohn verdient hat, war nicht Schuld der Grubenverwaltung, sondern ist darauf zurückzuführen, daß ihn keine Kameradschaft bei sich haben wollte, weil er bei seiner Kurzsichtigkeit und Schwerhörigkeit weniger leistete. Es blieb daher nur übrig, den Mann

als Hilfsarbeiter, Bergschlepper, Streckenzeiger usw. im Schichtlohn zu beschäftigen, da er sonst hätte entlassen werden müssen und arbeitslos geworden wäre. Im Schichtlohn hat der Arbeiter dann 4,20 Mk. pro Schicht bekommen, was seinen Leistungen entspricht. — Genossenschaftsbau, Aktiengesellschaft, E. Kengelmann.

Mein Zweck ist erfüllt!

sagte das „christliche“ Ausschussmitglied Philipp Schmitz in der Ausschussung der Beche Konfordia II am 28. Januar, als die Forderung der drei Verbände auf 100prozentige Lohnerhöhung abgelehnt worden war. Bemerkte er noch, daß Schmitz die Forderungen der Verbände als nicht erfüllbar nach „Vergnappen“ art belächelt habe. Damit erwidert er die obige Äußerung. Schmitz freute sich danach, daß die Forderungen abgelehnt wurden und er seinen Zweck somit erfüllt hatte. Schmitz ist nun nachträglich die Erläuterung gekommen, daß er sich da in eine Dummheit geritten hatte; er setzte sich flugs auf seinen Posten und schrieb eine „Berichtigung“ ab, worin er die Verungering perliert. Der „Vergnapper“ bestritt ebenfalls, mußte sich aber dafür eine Berichtigung der übrigen Ausschussmitglieder gefallen lassen. Am nun eine Klarstellung dieser Angelegenheit herbeizuführen, fand am 26. März in Oberhausen eine Belegschaftsversammlung der Beche Konfordia II statt, die von den in Frage kommenden Ausschussmitgliedern des Verbandes, der Polen und des Hirsch-Dunderischen Gewerkschafts einberufen worden war. Zu dieser Versammlung waren Schmitz und der Bezirksleiter Thiele vom „christlichen“ Gewerkschaftsamt eingeladen. Wer nun aber glaubte, daß diese Leute hinlänglich um eine Klärung der Sache herbeizuführen, der täuschte sich, hatte man doch, nur um diese Versammlung zu sprengen, alle „christlichen“ Gewerkschaftler aus der ganzen Umgebung zusammengezogen, in deren Spitze der ganze Generalstab des „christlichen“ Gewerkschaftsamt stand: 1. Die Leitlinie des „christlichen“ Gewerkschaftsamt bei der Lohnforderung, unter besonderer Berücksichtigung der Vorgänge in der Ausschussung am 28. Januar. 2. Die Behandlung der Belegschaft bei Forderung von Minderlohn. — Als Referenten traten von den Hirsch-Dunderischen Vertretern und für den Verband Nachmann vor. Schon bei der Eröffnung der Versammlung und der Wahl zur Leitung zeigte sich, welche Bildung man den Vorkämpfern im Laufe der Jahre beigebracht hat. Alles schrie: „Zur Geschäftsordnung“, nur um Rabau machen zu können. Um nun trotzdem Ruhe zu behalten, wurde vom Versammlungsleiter R. Kaiser der Vorschlag gemacht, die beiden vorgehenden Referenten erst nach Aussprache der Ausschussmitglieder sprechen zu lassen, was auch von der Versammlung akzeptiert wurde. Nachdem nun die Ausschussmitglieder Selm und Manke vom Verband und Müller vom Hirsch-Dunderischen Gewerkschaftsamt die Sache vorgetragen, wie sie in Wirklichkeit war, verurteilte Schmitz sich herauszulassen und meinte, diese Worte nur auf die nicht genügende Begründung der anderen Vertreter gebraucht zu haben. Es wurde ihm jedoch nachgewiesen, daß seine Ausrede nicht stichhaltig sei und er diesen Ausweg erst herbeigeführt hat, nachdem ihm die Belegschaft klar gemacht hat, daß man ein derartiges Verhalten als Vorkämpfer bezeichnen. Schmitz beschwerte sich nun die Belegschaft klar zu machen, daß die Vertreter der anderen Verbände überhaupt nicht stichhaltig, die Belegschaft im Ausschuss vertreten zu können, trotzdem derselbe in seinen ersten Ausführungen ausdrücklich hervorhob, daß der Vertreter des Verbandes die eingetragene Forderung durchaus gut begründet habe, sagte er nachher genau das Gegenteil. Freilich, wenn Schmitz die Tätigkeit zum Arbeiterverband meint, dann hat er recht; die meisten unsere Mitglieder nicht. Und wenn auch Schmitz zur Verantwortung nur als von seinen lieben Freunden sprach, so mag er sich schämen, daß sich die Vergleiche für solche Freunde, die einer fragwürdigen Handlungsweise fähig sind, entschuldigen bedürfen. Nach Schmitz erhielt man ein „christliches“ Gewerkschaftsamtmitglied Peters das Wort, dem jedoch das Wort entzogen werden mußte, weil er sich nicht an das zur Verhandlung stehende Thema hielt, sondern über die Sicherheitsmannwahl am 18. Januar im Revier VII sprach. Bekanntlich konnte sich der Verband an dieser Wahl nicht beteiligen, weil man seinen der Verwaltung dazu Übergang, unseren Sicherheitsmann zu wählen und diejenigen, welcher Kandidaten, sobald man dieses erlaubte, nach der 4. Stelle zu verlegen. Weil wir nur keine geeigneten Kandidaten hatten, wurde beschlossen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Die „Christen“ freuen sich nun außerordentlich, daß ihnen 4 Stimmen zugesprochen seien und den Hirsch-Dunderischen nur 28. Welche diese Wahl hat wieder den Beweis erbracht von dem intelligenz Verhältnis, welches zwischen dem „christlichen“ Gewerkschaftsamt und der Belegschaft besteht. Hat doch der ganze Apparat zu Gunsten des „christlichen“ Gewerkschaftsamt gearbeitet, nachdem man den unpopulären Verbandler los war. Der Vorsitzende meinte, nachdem jetzt alle Ausschussmitglieder gesprochen, könne man Thiele und Brhla wohl das Wort erteilen, weil die anderen Belegschaftsmitglieder, die sich zum Wort gemeldet hätten, zur Sache selbst doch wohl wenig sagen könnten. Nun geräteten sich die „Christen“ wie toll, anscheinend, weil Thiele das Wort erhalten sollte. Thiele selbst sprang auf und meinte, „weil man uns hier vergewaltigen wolle, ersuche er seine Freunde, mit ihm das Wort zu verlassen“, was ihnen übrigens vom Vorsitzenden, wenn sie sich nicht ruhig verhalten wollten, wiederholt angeboten werden mußte. Erst nachdem diese Gesellschaft entfernt war, war es uns möglich, den zweiten Punkt der Tagesordnung in Ruhe erledigen zu können. Neben anhängigen Bergarbeiter muß das Verhalten dieser „Christen“ angeleitet haben, und sollten sie aus diesem Falle wieder lernen, wo ihre wirkliche Vertretung zu finden ist.

standen, der schon nach einem halben Jahre den Einfluß des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes auf dem Werke vollständig gebrochen (?) hat. Unsere Bewegung hat dann weiter auf die hiesigen Bergwerke übergriffen. Als der sozialdemokratische Bergarbeiterverband kürzlich das Bedürfnis verspürte, durch einen Bergarbeiterstreik den Boden für die kommenden Reichstagswahlen vorzubereiten, gründeten die einschichtigen Bergleute o h n e (?) jede Mitwirkung der Belegschaften einen Belegschaftsverein nach dem anderen. So bestehen in Essen und Umgegend jetzt schon 20 Belegschaften, die sich kürzlich zu einem „Bezirksverband der Belegschaften von Essen und Umgegend“ zusammengeschlossen haben. Dieser Verband hat den Zweck, die Belegschaftsbewegung nach außen hin zu fördern, eine Einwirkung des Verbandes auf die inneren Angelegenheiten mit der Leitung des betreffenden Werkes allein zu regeln, da die Verhältnisse ja überall verschieden liegen und eines sich nicht für alle eignet.

In neuester Zeit haben uns auch Arbeiter (?) aus anderen Orten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks wegen der Gründung von Belegschaften zu Rate gezogen und wir können jetzt wohl mit Sicherheit sagen, daß unsere Bewegung in absehbarer Zeit über den ganzen Industriebezirk verbreitet sein wird. Von besonderer Wichtigkeit für die Festigung und Ausdehnung unserer Bewegung ist die Vereinszeitung. Wir haben bisher das Berliner Organ „Der Bund“ bezogen und berufen, den besonderen Verhältnissen des Industriebezirks durch eine Essener Sonderausgabe des „Bund“ Rechnung zu tragen. Es stellt sich aber mehr und mehr heraus, daß damit auf die Dauer doch nicht auszukommen ist. Der Bezirksverband, dessen unterzeichneter Vorsitzender gleichzeitig zweiter Vorsitzender des Kruppischen Belegschaftsvereins ist, hat deshalb die Schaffung eines eigenen Organs beschlossen. Dieses Organ „Der Belegschaftsverein“ wird von Anfang April 1911 ab anstelle der Sonderausgabe des „Bund“ wöchentlich einmal erscheinen und zwar freitags, damit die Abonnement- und Blatt über Sonntag in Ruhe lesen können.

Das Blatt ist Eigentum des Bezirksverbandes und erscheint achtmal in einer Auflage von zunächst 7000 Exemplaren. Bei der ständigen Zunahme der Belegschaften steigt die Auflage ständig und schnell. Die vierte Seite des Hauptblattes und die vierte Seite der Beilage sind für Inserate bestimmt. Durch die Inserate sollen wir die Mittel vermehren, die zur Förderung unserer Bewegung erforderlich sind.

Da naturgemäß die gesamte Industrie unsere Bewegung mit lebhaftem Interesse verfolgt, so wird auch unser Blatt von den Industriellen und den Werkleitern regelmäßig gelesen werden.

Wir richten nun an Sie die höfliche Bitte, uns durch Aufgabe eines Inserates von längerer Dauer freundlichst zu unterstützen, wie dies auch von anderen angesehenen Firmen geschehen ist. Zu diesem Zweck gestatten wir uns, eine Preisberechnung und ein Auftragsformular hier beizufügen.

Wir schließen weiter einen informierenden Artikel: „Was sind und was wollen die Belegschaften“ zur freundlichen Kenntnisnahme bei und sehen ihrer gefälligen zugehörigen Antwort sehr ergeben entgegen.

Schachmattvoll

Bezirksverband der Belegschaften von Essen und Umgegend.

Der Vorstand, gez. M u n d r a t h, erster Vorsitzender.

Dem Schreiben selbst haben wir nur wenig hinzuzufügen. Der Fabrikarbeiterverband braucht in Essen nicht einmal in einzelnen Betrieben den selben das Feld zu überlassen, seine Gesamtentwicklung werden die selben überhaupt nicht hemmen. Daß die Gründung der gelben Belegschaften mit der letzten Lohnbewegung der Ruhrbelegschaft in Verbindung gebracht wird, ist als Agitationsstreich zu bezeichnen, um so Unternehmer und deren Angestellte zur Gründung von Belegschaften aufzumuntern. Ohne sie kein Belegschaftsamt. Darum wird es keinen vernünftigen Menschen geben, der die Vertiefung des Gelbes durch den Belegschaftsamt, der die Belegschaften aus eigenem Antrieb der Arbeiter entstehen, ernst nimmt. Man kennt das ja. Wie sehr sich die Bergarbeiter für die Belegschaften erwärmen, erkennt man an ihrer Beteiligung. Bei Krupp allein sind 5000 Gelbe (!). Außerdem bestehen Belegschaften noch in anderen Fabriken. Man kann selbst nachrechnen, wie sich die Gelben auf die Belegschaften verteilen, wenn die Auflage der neuen Zeitung — die übrigens auch noch von Industriellen und Werkleitern und was weiß ich noch gelesen wird — 7000 Exemplare betragen soll. Daß die Belegschaften sich auch noch auf weitere Belegschaften ausdehnen werden, ist vorauszusetzen, da das Ruhrgebiet vorhanden ist. Aber wenn auch alle, die für die Belegschaften sind, sich diesen Organisationen anschließen, so geht die freie Arbeiterbewegung über die Gelben zur Tagesordnung über. Wer bei Unternehmern um seine Existenz betteln muß, kann bei den Belegschaften keinen Staat machen und auch bei anderen Arbeitern nicht.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Christliche Kampfesweise und Erfolge in Niederhieschen.

Der unter dieser Überschrift erscheinende Bericht in Nr. 10 der „Bergarbeiter-Zeitung“ scheint bei dem Leser der rund 50 Mann starken „christlichen“ Armees tüchtiges Abdrücken verursacht zu haben. In Nr. 11 und 12 kommt der „Vergnapper“ auf unsere für die Zeitung des „christlichen“ Gewerkschaftsamt äußerst blamablen Ausführungen zu sprechen, aber mit keinem Wort geht der „Vergnapper“ auf den Inhalt unseres Berichts ein, wohl deshalb, damit die Schächten ja nicht die Wahrheit erfahren. Um die Aufmerksamkeit von der Sache abzulenken, wird versucht, angebliche Ausführungen des früheren Sekretärs Bergmann, die dieser aus Anlaß des Gottesberger Streiks gemacht haben soll, gegen uns ins Feld zu führen. Das kann den Bergarbeiterverband nicht treffen; auch wir Bergmann zu jener Zeit, wo die Verurteilungen gefallen sein sollen, nicht mehr Mitglied unseres Verbandes. In Nr. 12 schreibt der „Vergnapper“, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ den Gewerkschaftsamt in hiesigen Revier tollkühnen wolle. Wenn man stets mit der Wahrheit auf so gespanntem Fuße steht, wie der „Vergnapper“, soll man doch anderen derartigen nicht unterstellen. Aber das lohnte sich auch nicht, denn wo nichts ist, hat selbst der Kaiser das Recht verloren. Der Bergarbeiterverband hat wahrhaftig nicht nötig, den 50 Mann zählende (sich) sind es nur noch 49, da wieder ein Mitglied zum Bergarbeiterverband übergetreten ist), in die Fußstapfen der schwarz-gelben Herrscher einzutreten, deren herborragendster Lehrenter, August Bruff, von sich sagte, daß er das Verdächtige der Verbandsleitung als sein Geschäft betreibt.

Der große General-Gang ist so erfolgt, daß er uns sogar Klage in Aussicht stellt, ein Verbot, daß die Hiebe gegeben haben. Das kann übrigens heiter werden, wird doch Herr Gall, falls er seine Drohung wahr macht, erfahren, daß es nicht gut ist, auf andere mit Steinen zu werfen, wenn man selbst im Glashaufe sitzt. Was wir gefagt haben, sind Tatsachen und lassen sich beweisen. Gall ist, wie wir wissen, recht stark im Behaupten und wir wünschen ihm, daß er im Ernstfalle ebenso stark im Beweisen ist.

Süddeutschland.

Die die sozialdemokratisch organisierten Bergarbeiter angelegen wurden.

In der schwarzen Presse geht die Eigenartigkeit um, daß die sozialdemokratischen Zeitungen über den Erfolg des oberbergischen Bergarbeiterstreiks ihren Lesern die Unwahrheit berichten und daß die Streikleiter die Bergarbeiter in gleicher Weise angelegen hätten. Bekanntlich wurde ein Vergleich abgeschlossen zwischen Werk und Arbeitern und dadurch der Streik beendet. Die Verhandlungen fanden am 22. Dezember 1910 im Bureau der Generaldirektion der Gesellschaft statt, an denen teilnahmen, Oberbergat Sp a r t h, Regierungsrat Riegl er, Bezirksamtmann F a i g l, die Vertreter der Gesellschaft und der Arbeiterauschuss von Hausham und Penzberg. Nach längeren Verhandlungen kamen Vereinbarungen zustande und die Arbeiterauschussmitglieder erklärten sich bereit, diese Vereinbarungen dem erweiterten Arbeiterauschuss, den Gewerkschaftsführern und den Belegschaftsführern zu unterbreiten. Der Vorsitzende des Arbeiterauschusses hat um schriftliche Formulierung der Vereinbarungen und um eine Abschrift hierüber. Regierungsrat Riegl er diktierte und Direktor Janota schrieb die Vereinbarungen nieder. Das so fertigte Schriftstück übergab Direktor Janota dem Vorsitzenden des Arbeiterauschusses. Die „Mündener Post“ gibt eine photographische Wiedergabe dieses Schriftstückes, wo es heißt:

1. Afsenfahrer, Kesselpoker und Hilfsarbeiter erfahren bis 1. Febr. 1911 eine Aufbesserung.
2. Die vorgebrachten übrigen Wünsche bezüglich der übrigen Kategorien werden geprüft und nach Möglichkeit und Billigkeit bei besserer Konjunktur berücksichtigt;

8. Die Arbeit wird mit 27. Dezember wieder aufgenommen. Die Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses wird als nicht geschehen betrachtet.

4. Gegenfällige Schlichtungen der Arbeiter aus Anlaß der Streikbewegung werden mit Entlassung bestraft.

Dieses Schriftstück war die Grundlage für die Sitzung der erweiterten Arbeiterauschusses von Hausham und Penzberg, zu der noch weitere Vertrauensleute zugezogen waren und die im Lokale des Arbeiterbildungsvereins „Vorwärts“ stattfand. Dieses Schriftstück wurde am 24. Dezember 1910 in den Versammlungen beraten und in den Zeitungen publiziert und auf Grund dieses Wortlautes der Vereinbarungen beschloffen die Belegschaftsversammlungen, nach den Forderungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Nachdem die Versammlungen entschieden hatten, die Bewegung also abgeschlossen war, erhielt der Vorsitzende des Arbeiterauschusses ein auf gleichem Papier wie das obige Schriftstück gehaltenes Protokoll, das die „Mündener Post“ gleichfalls nach einer photographischen Aufnahme wiedergibt. Das Schriftstück heißt:

Protokoll. Zwischen der Oberbergischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau, vertreten durch den Generaldirektor Dr. Weithofer, und den Arbeitervertretern von Hausham und Penzberg, Schachiner, Loppin, Schön, Himmelstosch und Kermann, kam heute folgender Vergleich zustande:

1. Afsenfahrer, Kesselpoker und Hilfsarbeiter in Hausham erfahren bis 1. Februar 1911 eine Aufbesserung.

Die anderen Punkte sind geblieben.

Damit ist festgestellt, daß die den Versammlungen, in der den Streik behandelnden Broschüre und in den sozialdemokratischen Zeitungen erfolgte Wiedergabe der Vereinbarung richtig war. Der nachher in das Protokoll im Gegensatz zur Vereinbarung die Beschränkung auf Hausham und die übrigen Änderungen hineingefügt hat, das selbsteinstellen ist nicht unsere Sache. Damit geht den Schwarzen wieder ein fetter Agitationshappen verloren.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streik auf Zeche Bergmann bei Witten.

Der Streik ist hier unverändert. Der Revierbeamte wurde er sucht, Verhandlungen in die Wege zu leiten. Die Vertiefung der Zeche ist unwahrscheinlich. Entgegen dieser Vertiefung ist wahr, daß der Afsenfahrer besprochen hat, Löhne unter 5,50 Mk. sollten geregelt und erhöht werden. Wo Löhne über 5,50 bis 6,00 Mk. pro Schicht verdient würden, sollte das Gehalt nicht reduziert werden. Im Hauptloch, wo die Kohle nicht mehr durch Schieferarbeit, sondern mit der Gade gewonnen werden sollte, wurde ebenfalls eine entsprechende Erhöhung des Gehaltes zugesagt. Wenn dort der Lohn weiter verdient werden sollte, der durch Schieferarbeit verdient worden war, mußte das Gehalt von 1,20 Mk. auf 1,80 Mk. pro Wagen erhöht werden; 60 Pf. müssen für das Vergelegen gerechnet werden, welches die Arbeiter ebenfalls ausführen mußten.

In der Grube arbeiten vier Mann, von denen einer berunglückt ist. Als man ihn im Krankenhaus erkrankte, fand man in seinem Taschen einen Revolver. Einen Revolver gegen die eigenen Kameraden; auch ein Kulturmerkmal!

In der Zentrumspreffe regt sich ein Gewerkschaftsstrategie darüber auf, daß einige der Streikenden von Zeche Bergmann an den Ausgängen einiger Schächte, als dort ausgelohnt wurde, sammelten. Die Aufregung ist unnötig. Als der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hiervon Kenntnis erhielt, hat er trefflich und auch mündlich den Streikenden jedes Sammeln untersagt. Auch haben diese Kameraden nicht für sich, sondern für diejenigen, die seiner Organisation angehören, gesammelt. Der Verband unterstützt seine Mitglieder. Unorganisierte erhalten allerdings keine Unterstützung. Weil die organisierten Kameraden nun befürchten, diese würden dadurch zu Arbeitswilligen werden, veranlassen sie eine Sammlung, ohne daß der Vorstand hiervon Kenntnis hatte. Die Unorganisierten können hierzu auch ermahnen, daß es ohne Organisation nicht möglich ist, Lohnkämpfe zu führen. Der Gewerkschaft hat aber keine Ursache, sich über die Sammler und den Bergarbeiterverband aufzuregen. Der Vorstand hat das Sammeln verboten; das tat der Gewerkschaft bei dem Loifringstreik nicht, sondern er ließ seine Mitglieder ruhig betteln, damit die dortigen Streikenden einige wenige Unterstützungen erhalten konnten. Wer im Glashaufe sitzt — — —

Streik auf Zeche Glückauf-Regen.

Der Streik dauert hier unverändert fort. Am 29. März tagte wieder eine außerordentlich stark besuchte Belegschaftsversammlung. Kamerad H a n s m a n n sprach über den Stand des Streiks. Er führte aus, wie man mit allen Mitteln versuche, die Leute zu täuschen. So sei Mittwoch morgen ein langer Eisenbahnzug aus dem Tor der Zeche gefahren, jedenfalls um zu beweisen, daß die Kohlerei wieder flott im Betriebe sei. Nur ein Teil der Wagen war mit Kohle beladen, die meisten Wagen waren leer. Des weiteren versuche man, die im Streik stehenden Afsenarbeiter zu erfassen, indem man mit Unternehmern in Verbindung tritt, die fremde Leute unter Verprechungen zu Streikarbeiten zu gewinnen suchen. Aber die meisten seien, nachdem sie erfahren, daß die Zeche im Streik stehe, mit Saß und Pad wieder abgefahren. Die Belegschaft befindet sich im Recht, sie solle nur einig ausstehen im Kampfe. Kein Mensch könne der Belegschaft unrecht geben. So hätten ihm in den letzten Tagen viele Leute, die keine Bergarbeiter seien, gesagt, daß die Belegschaft sich das Vorgehen der Belegschaft nicht hätten gefallen lassen dürfen.

Kamerad H a r t l e (Hirsch-Dunder) sprach im gleichen Sinne und rechnete ebenfalls mit der Belegschaft ab. Es sprachen dann einige Kameraden aus der Belegschaft. Es wurden zahlreiche Fälle angeführt, die beweisen, daß man auf jede Art und Weise versucht, die streikende Belegschaft zu täuschen. Aber, riefen die Kameraden, wir lassen uns nicht täuschen! Ein alter christlicher Gewerkschaftskamerad trat mit warmen Worten für die Einigkeit der Belegschaft ein und forderte zum Ausstehen im Kampfe aus. (Starker Beifall.) Dann wurde berichtet, daß ein Arbeitswilliger mit einem Revolver geschossen, ohne die geringste Ursache dazu zu haben. Die Gen darmen hätten sich dieses Gelbes aber angenommen. Öffentlich wird dem gefährlichen Schützen das Handwerk gelegt. Es wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute im Lokale Witten tagende außerordentlich stark besuchte Belegschaftsversammlung von Glückauf-Regen beauftragt den Arbeiterauschuss, bei der Direktion vorstellig zu werden, um neue Verhandlungen anzubahnen. Wichtig ist die Direktion, den Arbeiterauschuss anzuerkennen, so soll der Arbeiterauschuss als Kommission für die Streikenden vorstellig werden.

Diese Resolution wurde von den beiden Verbandsvertretern begründet, indem sie ausführten, die Belegschaftsversammlung sowie auch die Öffentlichkeit soll uns keinen Vorwurf machen können, daß wir, trotzdem wir schon einmal durch den Arbeiterauschuss abgemiesen sind, keine Verhandlung nachsuchen.

Die Belegschaft hat auch in dieser Versammlung durch ihre energische und einmütige Haltung bewiesen, daß sie entschlossen ist, in jedem Falle ihr Recht zu erkrämpfen.

Streik der Kaliarbeiter in Aschersleben beendet.

Am 2. April 1911 wurde dieser Streik abgebrochen. Die Heranziehung der Arbeitswilligen (Hingemänner), unter denen ein Teil Polen und Galizier waren, welche in ihrer Unkenntnis sich den Beamten willenslos zur Verfügung stellten, sowie die Tatsache, daß ein großer Teil hiesiger Arbeiter zum Verräter wurden, erschweren den Kampf. Unter diesen Umständen hielten es die Streikenden für geboten, den Streik zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen. Da die Fabrik während des Streiks befehl wurde, ist angeblich, einen großen Teil der Fabrikarbeiter nicht wieder einzustellen. Die anderweitige Unterbringung dürfte in dieser Jahreszeit nicht schwierig sein. Eine Lohnregulierung zum 1. Mai d. J. ist von der Direktion zugesagt.

Streik auf Finkenheerd beendet.

Wenn es gegen die Bergleute geht — — Der Streik der hiesigen Braunkohlenbergarbeiter ist seit dem 29. März beendet. Man hat auch bei anderen Ausständen schon oft die Unparteilichkeit der Behörden bemerkt. Was aber auf diesem Gebiete hier gescheit wurde, dürfte wohl höchstens noch im Nachbereich der amerikanischen Dollarlöhne erreicht werden.

Sofort bei Ausbruch des Streiks waren eine Anzahl Gen darmen zur Stelle — zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ natürlich. Zum Schutze der Grubenbeamten waren sie nicht nötig gewesen, denn diejen

Hornochse, Hornvieh, Duffeller, Kameel, Daffe, Daffentopf.

das sind so einige Blüten aus dem Sprachgärtchen einiger „Christen“ der Rheinisch-Westfälischen. Man merkt daran die Erziehung durch den „Vergnapper“. Trotzdem fühlt sich einer derselben noch beschwert, weil ihm mit ähnlicher Münze heimgezahlt wurde und er ladet seine „sitliche Entrüstung“ in Nr. 10 des „Vergnapper“ ab. Das ist dafür allerdings auch die geeignete Stelle, dort kann alles abgelesen werden, was gegen die „Genossen“ spricht. Ist es doch die einzige Aufgabe dieses Organs zur Förderung der Zerplitterung und Uneinigkeit unter den Bergarbeitern, in jeder Nummer aus den Genossen „Geschädtes“ zu machen. Wir kennen den „Sittlichkeitsjäger“ nicht, der im „Vergnapper“ sein beladenes Herz berast ausschüttet, vermuten aber, daß es derselbe Geist ist; der einmal toll des Gehies an der früheren Wirt schaft Weinberg sich in einer Weise auführte, daß darüber unter den Umstehenden helle Empörung herrschte. Also, liebe „Christen“, seht wieder euren Lur!

Gelbe Werksvereine im Ruhrgebiet.

Nach eigener Angabe haben es die Gelben im Ruhrgebiet in 22 Jahren auf 6-7000 Mitglieder gebracht, wovon allein bei der Firma Krupp 5000 beschäftigt sein sollen. Wer die Kruppische Fabrik kennt, weiß, daß ein großer Teil dieser Gelben innerlich mit dem Verein nichts zu tun haben möchten.

Die Stärke der gelben Werksvereine im Ruhrgebiet geht aus folgenden Schreiben hervor, daß der Arbeiterpresse zur Verfügung gestellt wird. Das Schreiben lautet:

Bezirksverband der Werksvereine von Essen und Umgegend. Essen-Ruhr, den 15. März 1911. Altenborferstr. 59.

Vor 2 1/2 Jahren ist auf der Kruppischen Gussstahlfabrik in Essen von Kruppischen Arbeitern der Nationale Arbeiterverein „Werk Krupp“ gegründet worden, als erster Werksverein im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Da hier in Essen alle Kräfte der alten Streikgewerkschaften besonders stark vertreten sind, hat der Verein die schwersten Kämpfe bestehen müssen. Er hat sich aber durchgesetzt und zählt jetzt bereits über 5000 Mitglieder.

Die Ideen unserer Bewegung sind denn auch von der Arbeiter schaft anderer Werke unseres Bezirks aufgenommen worden. Immer mehr Arbeiter erkennen die Unmöglichkeit des Systems der alten Einzelgewerkschaften und immer weitere Arbeiterkreise ergreifen die Gelegenheit, von der Unangenehmigkeit dieser Gewerkschaften freizumachen und mit ihren Vorgesetzten in Frieden zu verkehren.

Mitte 1910 ist in der Chemischen Fabrik und Zinkhütte der Firma Th. Goldschmidt hier selbst ebenfalls ein Werksverein ent-

hatte der Amtsvorsteher v. Burgsdorf Waffenscheine ausgestellt, wie der feindliche Herr selbst vor Gericht sagte. Dann kamen die berühmten gelben Streifenmacher aus Hamburg. Vom ersten Tage ihres glänzenden Debüts ab spielten diese Leute mit ihren Revolvern unter den Augen der Warden. Die Warden der Streifenben, den Fremden die Waffen abzunehmen, wurden nicht beachtet. Erst, nachdem die Karte eines Mittags auf spargerengende ausländische Arbeiter etwa 16 Schiffe abgeben und zwei Mann verletzt hatten, wurden ihnen die Revolver abgenommen. Daß sie gleich darauf wieder neue Schließel angeschafft hatten, kann bei der Verhaftung der gelben Ehrenmänner den Warden kaum entgangen sein. Daß sich Warden, die "blüme" machten, wenn unsere Streifenposten gepöbeln wurden, darf nicht verwundern. Manie doch sogar der Oberwachmeister einem Streifenben gegenüber die Bemerkung: "Wenn Sie sich meinen Befehlen nicht fügen, schlage ich Sie nieder wie der Schlichter einen Ochsen!" Das Waffenscheine wollte man auf öffentlichen Wegen überhand nicht dulden. Als sich die Streifenben ihre Papiere auf dem Markt hielten, saßen sie mit Stauern drei Warden im Werkstator als Schreiber beschäftigt. Sie halfen in ihrer geselligen Gutwilligkeit dem Warden die Papiere und Führungsergebnisse der Streifenben ausfertigen und verteilen.

Nebenher regnete es förmlich Anzeigen auf die Streifenben herab und ein Teil derselben war allwöchentlich auf dem Frankfurter Amtsgelände zur Vernehmung. Auch der Gerichtsvollzieher trat in Funktion. Er legte eines Sonntags acht Arbeiterfamilien aus dem Werkstator auf die Straße. Einen Kameraden wurde hierbei ein Schrank zerbrochen, in dem er Geld aufbewahrte. Von dem herausfallenden Gelde nahm der Gerichtsvollzieher in Abwesenheit des Eigentümers einen Teil in Beschlag und quittierte hierüber als für Bezahlung der Mängelkosten.

So konnte der Werkstator nicht fehlen. Amtsvorsteher, Staatsanwalt, Gerichtsvollzieher und gelbe Streifenmacher — das war das Gute für die Streifenben zuviel — sie brachen vorige Woche den Kampf ab und überließen das Feld dem "süßlichen" Wegner. Ob dieser viel Freude über seinen Sieg empfinden wird, ist fraglich. Er verlor durch ihn den besten Teil seiner Arbeiter, indem etwa nur die Hälfte der "Besten" zur Arbeit zurückkehrte. Geschlagen haben sich die Finkenheerde Arbeiter gut — bis auf wenige Ausnahmen haben sie bis zum letzten Tage des achtwöchigen Streiks im Kampfe ausgehalten. Verleitet wurden ihnen die außerordentlichen Opfer, die das rückständige Vorgehen der Werkstator a. B. bei der Gymnasion auferlegte, durch die Solidarität der anderen organisierten Arbeiter. Die Gewerkschaftsartelle von Frankfurt a. B. O. und Notibus sowie die Glasmacher in Finkenheerde spendeten größere Beträge für außerordentliche Notunterstützungen. So wirkt die Hilfsbereitschaft der Entenben gegen die Koalition der Arbeiterfeinde!

Keinen Tarif in der Oberlausitz.

so lautet die Parole der Oberlausitzer Grubenbesitzer. Sie ist ihnen vom Unternehmerverband anbehalten, der gern Tarife bereithalten möchte. Die Arbeiter denken jedoch anders. In der letzten Arbeiterkonferenz am 20. März berichteten die Arbeiterausschüsse, daß neben der Abschaffung jeder vertraglichen Regelung nur ganz vereinzelt Aufbesserung der Löhne verprochen worden war. Die meisten Werke hatten selbst dies nicht für nötig erachtet. Die Konferenz erklärte deshalb:

"Da alle uns zu Gebote stehenden Mittel jetzt erschöpft sind, die zu einer friedlichen Lösung der Lohnfrage führen können, legen wir die Entscheidung in die Hände der Belegschaften."

Vom 20. März bis 1. April fanden diesen Beschluß entsprechend sieben Belegschaftsversammlungen statt und zwar in Reichenau, Eischfeld, Garsau, Seitendorf und Jittau. Unter starker Beteiligung wurde in allen Versammlungen beschlossen, die Kündigungen einzuziehen. Die nächste Zeit wird es also schon zeigen, ob der Unternehmerverband den Grubenbesitzern einen "guten Rat" gegeben hat.

Verbandsnachrichten.

Aktion! Delegiertenwahl zur Generalversammlung!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die einzelnen Wahlergebnisse bis zum 6. April im Besitz der einzelnen Zentral-Wahlkomitees sein müssen. — Die Zentral-Wahlkomitees müssen die Wahlergebnisse dann zusammenstellen und uns diesbezüglich bis zum 14. April zusenden.

Wegen Schädigung des Verbandes ist das Mitglied Wilhelm Buschamp (Nr. 390 635) aus Bergerhausen, ausgeschlossen.

Bezirk Bochum. Die Bestimmung und Bekanntgabe der Resultate der Delegiertenwahlen für die Generalversammlung erfolgt am Sonntag, den 9. April, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Gottfried Rogalla in Bochum, Wismelhauserstraße.

In einer sehr wichtigen Sache werden die Adressen folgender Kameraden gesucht: Gustav Kaproth, früher Datteln, Josef Baum, früher Carnap, August Nagusch, früher Ditzendorf, Max Drenzier, früher Waltrup I, Friedrich Janusch, früher Garpen und Johann Puzel, früher Giltrop-Gershe. Wer den Aufenthalt beim die Adressen obiger Kameraden weiß, wird um sofortige Angabe gebeten und zwar an Ringent Bogdanowski (Bezirksleiter), Reddinghausen, Mühlentstraße 40.

Jedes Verbandsmitglied ist verpflichtet, seine Beiträge pünktlich zu bezahlen. Mitglieder, welche zwei Monate oder länger mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, haben bei vorkommenden Fällen keinen Anspruch auf Streikgeld, Arbeitslosen-, Gemahrgeld-, Streik- oder Kranken-Unterstützung und Rechtschutz. — Wir ersuchen deshalb alle Mitglieder, in ihrem eigenen Interesse vorstehendes zu beachten.

Rechtschutz betreffend.

Rechtschutzstelle Sprochhövel. Um den Mitgliedern des südlichen Teiles des Industriebezirks weite Wege zur Rechtschutzstelle zu ersparen, hat die Sekretariats-Kommission des Arbeiter-Sekretariats Bochum beauftragt, in Sprochhövel, beim Wirt Höltinghoff, in der Nähe des Bahnhofs, eine Rechtschutzstelle zu errichten. Sprechstunde jeden Freitag nachmittags von 3 bis 5 1/2 Uhr. Der erste Sprechtag ist Freitag, den 7. April. Zu diesen Rechtschutzbezirken gehören die Zahlstellen Ober- und Nieder-Sprochhövel, Stützer, Schillinghausen, Siddinghausen, Sidding, Esborn und Borchholz-Durdscholz. Bei Inanspruchnahme des Rechtschutzes wollen sich unsere Mitglieder zum bezeichneten Lokal begeben; die Sprechstunden von 3 bis 5 1/2 Uhr müssen aber eingehalten werden.

Adressenveränderungen.

Waukau. Der Vertrauensmann Janas Chorhan wohnt jetzt in Herne, Karlsplatz 1.
Gelsenkirchen I. Der jetzige Vertrauensmann in W. Fröhlich, Josefstraße 7.
Schächten II. Der Vertrauensmann Karl Heubel wohnt jetzt in Schächten Nr. 27 1/2.

Bibliotheken.

Uladet II. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Wiltz, Jung, Hegelstraße 84. Die Kameraden, besonders die zugezogenen, mögen dies beachten und die Bibliothek fleißig benutzen.

Bücherevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:
Dortmund I. Vom 1. bis 15. April.
Dortmund II. Vom 1. bis 15. April.
Egershausen. Vom 9. bis 15. April.
Katernberg. Im Monat April.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Ohne Vorweisung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines darf keine Unterstützung ausbezahlt werden.

Uladet II. Jeden Sonntag vormittags von 10 bis 12 Uhr in der Wohnung des Kameraden Johann Waden, Hegelstraße 72.
Hofk.-Bluhr. Jeden letzten Sonntag im Monat beim Wirt Strothenke.
Mentfisch. Jeden Sonntag vormittags von 11 bis 1 Uhr, beim Kassierer Bruno Dost, Jansenstraße 82.

Kranzpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. gefleht: Katernberg. Im Monat April für das zweite Quartal.
Langendreer I. Im Monat April.

Lokalfondsmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Lokalfondsmarken gefleht: Datteln. Im Monat April.
Selska. Zur Beschaffung einer Bibliothek wird ein Lokalbeitrag von 10 Pf. erhoben.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

In allen Mitglieder-Versammlungen wird zur Generalversammlung Stellung genommen, soweit dies noch nicht geschehen ist.

Betersdorf. Jeden zweiten Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthof Burgberg.
Schwinn. Jeden zweiten Sonnabend im Monat, im Gasthof Burgberg.
Schmiedefeld. Jeden Sonntag abends 8 Uhr, im "Weinlager Hof" (Zah. Wälfher).
Wolmsrieden. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats.

Jeden Sonntag nach dem 5. des Monats:

Stettin. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Frau Fischer.
Hohm. Nachmittags 3 Uhr, im "Anhalter Hof".
Hewes. Nachmittags 3 Uhr, wo? sagt der Wirt.
Himmelte. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zur Kanne" in Warth.
Hauen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wainold.
Seufstenberg I. Nachmittags 3 Uhr, im "Dammhirs".

Jeden zweiten Sonntag im Monat:

Alfaden. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hugo Wacht, an der Wilmühle.
Altenessen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wassenberg, Vogelheimstraße.
Altenessen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Oberfeldmann, Wittenstraße.
Alversdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Fendt.
Altenbögge. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn R. Bier in Altenbögge.
Auen I. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hubert (St. Wald), Altschtrasse 10.
Aplerbeckermark. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Hönemann.
Apreberg (Oberhausen). Nachmittags 2 Uhr, im Konsumvereinslokal.
Auf dem Schnee. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Deutlicher.
Badenberg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Sieberich, Kirchstraße.
Baevo. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Bergmann.
Beet. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wed in Beet, Dkader.
Bochum III. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Martin, Lafterwerstraße.
Bochum VII (Gammle). Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Knippschild.
Bommern. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Wirt.
Bospen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Wistab Ewald.
Borbeck. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schrauen (früher Thiesbürger).
Bredelnsdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Wühl.
Buer. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weidenbrock, Hagenstraße.
Burrat. Referent zur Stelle. Ausstellung der Kandidaten zur Knappschaftswahl.
Dellwig. Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Herrn Schrauen (früher Thiesbürger) in Buer, Niederstraße 100.
Derne. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wiefemann, Altenberne.
Dittweiler. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Jakob Woz.
Döbel. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Müller.
Dorffeld. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schäfer.
Dortmund I. Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ede Velling- u. Leibnizstr. 20.
Dortmund II. Referent zur Stelle.
Dortmund III. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Moschel (Zah. Witwe Kante), Altheimstraße 128a.
Dortmund V (Dörne). Nachm. 4 Uhr, im Lokale der Witwe Berthold in Röhne.
Dümpfen I. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn G. Woz, Hegnow 70.
Dümpfen III. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn W. Schain, Nolandstraße.
Eichhof. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Hauke.
Eichl. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg in Wanne, Schulstraße.
Erdoborn. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böding.
Erdoborn. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Richard Hülringhaus.
Esperstedt. Abends 8 Uhr, wo? sagt der Wirt.
Eisen-Weid-Gröbhausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn G. Müller.
Eisen-Weid-Gröbhausen. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn Ullend, Albrechtshof.
Fellhammer und Fellhammergrenze. Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Thiem in Winter-Fellhammer: Gemeindefestliche Versammlung.
Freienbruch. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Rengel.
Freienbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Ullrich.
Freienbrück. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Höfnermann.
Gebeshausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Peter Glad.
Gehden. Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Carl, "Zur schönen Aussicht".
Gelsenkirchen I. Vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Kaiserstraße 65-66.
Gelsenkirchen II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Essenerstraße.
Gelsenkirchen VI (Wulke-Hillen). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Garbin (früher Dögel, Hertha) und Dalmatierstraßen-Gde.
Gelsenkirchen VII. Vormittags 10 Uhr, im "Volkshaus", Kaiserstraße 65-67.
Gierswalde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Witwe Pomig.
Grevel. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagen die Woten.
Gröben. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Schumann in Rumpel.

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 9. April 1911:
Gelsenkirchen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Koppers (fr. Schütz), Wismelhauserstraße. — Warum lehnte die Gewerkschaft ein gemeinsames Vorgehen mit dem anderen Bergarbeiter-Verband in der Lohnfrage ab? Referent: Konrad Heinrich Wälfher, Bochum.
NB. Der Bezirksleiter des öffentlichen Sekretariats, Herr Franz, ist zu dieser Versammlung eingeladen.
Katernberg. Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Franz Heger, Wismelhauserstraße. — Die Katernberger sind die Lage der dortigen Bergarbeiter Arbeiter vor und nach dem Streik. Referent: Reichs-Lagsabgeordneter Otto Hne, Eisen.
Styberberg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Steinley, "Volksgarten". — Die Gründung von gelben Bergarbeitern und die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter. Referent zur Stelle.

Sprengel-Versammlungen

Sonntag, den 9. April 1911:
Waltrup. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Stoff, am Bahnhof Waltrup, für die im Sprengel Wd. wohnenden Mitglieder des Bergarbeiterverbandes. 1. Stellungnahme zur bevorstehenden Knappschaftswahl. 2. Ausstellung der Kandidaten.

Rechtschutztag für Hattingen und Umg.

Allen Rechtschutzgebenden von Hattingen und Umgend zur Kenntnisnahme, daß Rechtschutz im Lokale des Herrn Steffens, Hegelstraße, gegenüber dem Bergamt Hattingen, jeden Sonntag nachmittags 3 bis 5 Uhr. Die Aufschlagskommission.

Jeder

der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bibliothek auf die beste Weise mit besserer Literatur (40 Pf. im Monat) bereichern will, trete dem bereits 35000 Mitglieder zählenden
Rosmos & Gesellschaft für Naturfreunde
(Sitz Stuttgart) bei. — Für den geringen Jahresbeitrag von **nur Mt. 4,80**

(beim Buchhandel 20 Pf. Beleggeld, durch die Post das Porto) erhält man sofortens 1. die reich illustrierten Monatshefte
Rosmos, Handweiser für Naturfreunde
mit den Beisitzern Wandern und Reisen
Wald und Heide = Photographie und Naturwissenschaft = Technik und Naturwissenschaft = Haus, Garten und Feld = Die Natur in der Kunst;

2. Anstufte, Bergausflüge bei Regen von Büchern und Mikroskop, Vorkursen und Kurzen, Zanzschberkehr usw., und
3. ohne jede Nachzahlung
fünf prächtige Bücher
erker Schützeller, im Jahre 1911: Dr. A. Goelisch, Durch Gelbe und Rote (reguläre botanische Dichtung für Jedermann); Dr. Decker, Sehen, Niesen und Schwärzen (allgemein verständliche Beschreibung aller Erscheinungen); Dr. Kurt Floride, Biegel fremder Länder; Professor Dr. Meule, Kulturelemente der Menschheit; Wilhelm Böhme, Der Mensch der Pfahlbauzeit.
Eintritt jederzeit! Anzeigen nehmen die Buchhandlung

B. Hansmann & Co. in Bochum
sowie unsere Ortsvereine und Zeitungsböden entgegen.
Probefeste und Probehefte gratis und franko.

Ansichts-Postkarten
von unserm
Bergarbeiterheim
in Bochum
empfohlen als Bestellungen durch unsere Ortsvereine erbeiten.
B. Hansmann & Co.
Bochum, Wismelhauserstraße.

Ansichts-Postkarten
mit den Bildnissen der im Wiedernahmeverfahren freigesprochenen Kameraden **Schreiber, Meyer, Thiele, Beckmann und Wilking** können durch unsere Ortsvereine bezogen werden. — Recht zahlreiche Bestellungen erwartet die Firma
H. Hansmann & Co.

Achtung Knappschaftsälteste

Sonntag, den 23. April 1911, vormittags 9 Uhr,
im Gemeinschaftshaus in Dortmund, Ede Leibniz- u. Vellingstraße:
Quartalsversammlung der Kommission Dortmund.

Tagesordnung:
1. Vortrag über das Unfallversicherungs-Gesetz. 2. Bericht über die Vorstandstätigkeit. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorsitzende.**

Öffentliche Zustellung.

Der Wirt Andreas Ethya in Althode bei Margonin — Trajesch-berolnächstiger Rechtsanwalt Ansgarst in Wisa i. B. — klagt gegen 1. pp. d. den Arbeiter Jgnaz Donaj, unbekanntem Aufenthalt, 2. pp. d. den Arbeiter Bartholomäus Donaj, unbekanntem Aufenthalt, unter der Behauptung, daß die Beklagten als Erbschreiber der Marianna Donaj, für welche auf den untenbenannten Grundbesitz eine bereits bezahlte Hypothek von 450 Mark eingetragen ist, trotz Aufforderung sich weigerten, die Abgabe der Hypothek zu bewilligen, mit dem Antrag,
1. die Beklagten als Erben nach Johann Donaj bezog, als Erbschreiber nach Marianna Donaj zu beurteilen, die für die letztere in den Grundbüchern von Neu-Walze Bl. 57 und 72 eingetragene Hypothek von 450 Mark nicht tilgen zu lassen.
2. das Urteil für vollstreckbar zu erklären.
Zur Urteilsverkündung des Rechtsstreits werden die Beklagten zu 4 und 6 vor das königliche Amtsgericht in Schmiedel auf den 30. März 1911, vormittags 9 Uhr, geladen.
Schmiedel, den 18. März 1911.
Der Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!